

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**
 Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
 Fernsprecher: Amt F 8, Oberbaum 9491

Berlin, den 13. Juni 1931

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Bezugspreis:
 Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Vom Leipziger Parteitag

ed. Leipzig, 2. Juni 1931.

Unfere Kollegen — soweit sie politisch interessiert sind, und das sollten eigentlich alle sein — werden gewiß in diesen Tagen in der Arbeiterpresse mit Aufmerksamkeit die ausführlichen Parteitagsberichte verfolgt haben. Trotzdem mag aus dem Erlebnis heraus, im Zusammenhang mit der Demonstration der Arbeiterschaft Sachsens aus Anlaß des Parteitages und vor allen Dingen über das Referat **Tarnows**, das sich zum erheblichen Teil mit gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Fragen beschäftigte, hier noch eine kleine Nachlese vorgenommen werden.

Seit langem ist es Gepflogenheit, sowohl auf Gewerkschaftskongressen als auch auf sozialdemokratischen Parteitagen, daß besondere Demonstrationsveranstaltungen stattfinden, um der gesamten Öffentlichkeit, insbesondere aber der Arbeiterschaft die Bedeutung einer solchen Tagung ins Bewußtsein zu hämmern. Diese Veranstaltungen sind in den letzten Jahren immer eindrucksvoller und technisch vollkommener ausgestaltet worden, und doch muß man hier in Leipzig wieder einen neuen Höhepunkt feststellen. Die Demonstration auf dem Meßplatz war nicht nur durch die imposante Fülle von mehr denn hunderttausend Teilnehmern so eindrucksvoll, sondern wohl stärker noch durch die ungeheure Beteiligung der Arbeiterjugend aus großen Teilen Sachsens, Berlins usw., die in Sonderzügen an diesem Demonstrationssonntag erschienen waren und mit Musik, Wimpeln und Fahnen mit ihrer romantischen blauen, kleidamen Tracht sowohl dem Zuge als auch der eigentlichen Demonstration das Gepräge verliehen.

So war denn ein wundervoller Auftakt geschaffen, unter dem am Abend des 31. Mai die Eröffnung des Parteitages durch **Weis** erfolgte. Zwar wurden auch schon hier bereits einige der zur Debatte stehenden Fragen gestreift, aber die Gesamtausführungen gingen doch in erster Linie zunächst dahin, die einheitliche Linie im gesamten Parteitag unter allen Umständen festzuhalten. Es war erhebend, wie in der Gedächtnisrede für **hermann Müller** hindurchklang, daß viele Hunderte, ja Tausende der Millionenpartei in den letzten Jahren dahingesunken sind, die ein Menschenalter der Partei dienten und mit Feuereifer für die Ideen des Sozialismus wirkten. **Weis** betonte mit Nachdruck:

Die Politik der jetzigen Brüning-Regierung ist nicht unsere Politik!

Wenn wir trotzdem infolge der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 eine vorsichtige, nicht schlechtlweg oppositionelle Taktik gegenüber dieser Regierung einschlagen müssen, so nur unter dem Gesichtspunkt, daß eine weit schlimmere, mit den Nationalsozialisten verbündete Regierung die unfehlbare Folge gewesen wäre. Bei alledem bleibt bestehen, daß die Brüning-Regierung

unsere Forderung auf die gesetzliche 40-Stunden-Woche

sich noch immer nicht zu eigen gemacht hat und daß auch ihr Sanierungs- und Finanzprogramm durchaus nicht in unserem Sinne ist. Wir wissen ja, daß bei der Aufbringung der Staatslasten die bestehenden Klassen regelmäßig ihre vaterländischen Gefühle vergessen und daß stets die besitzlosen Klassen die Opfer bringen sollen. Gewiß geben wir gegenwärtig 12 Milliarden Mark im Jahr für soziale Einrichtungen aus. Man muß aber bedenken, welch ungeheure Not die mehr denn 4 Millionen Arbeitslosen mit ihren Familien in sich bergen.

Zwar gab es zu diesen Ausführungen bereits eine kleine Geschäftsordnungsdebatte, die von den bürgerlichen Zeitungen zu „stürmischen Szenen“ umgefälscht worden ist. In Wirklichkeit handelte es sich um die Frage, ob den Genossen der Opposition ein besonderes Korreferat oder, wie der Parteivorstand es vorschlug, eine verlängerte Redezeit zugewilligt werden sollte. Letzteres ist dann mit überwiegender Mehrheit beschlossen worden.

Und nun zu dem großzügigen Referat **Tarnows**, dessen bleibender Wert vom Parteitag schon dadurch anerkannt wurde, daß einstimmig beschlossen wurde, es sofort in Druck zu legen. Wir möchten die Mahnung an alle unsere Mitglieder richten, dieses materialreiche, hochinteressante Referat sich nach Möglichkeit zu eigen zu machen.

Es ist nicht ganz leicht, aus den zweistündigen Darlegungen klar herauszuschälen, worauf es dem Referent ankam. Er beginnt mit einer Darlegung über die Arbeitslosigkeit in ihrem allgewaltigen Ausmaß und weist darauf hin, daß niemand sonst ein so starkes Recht der Anklage gegen das kapitalistische System hat, als die Sozialdemokratie. Gewiß ist in der kapitalistischen Wirtschaft der Reichtum der Gesellschaft schneller gewachsen denn je, aber die Verteilung auf einzelne wenige Besitzende und die ungeheure Armut und Not auf der anderen Seite sind auf die Dauer unerträglich. Immer stärker wächst die

Differenz zwischen der Versorgungsmöglichkeit und der tatsächlichen Versorgung

der Menschheit mit Produktionsmitteln und Nahrung. Wir erheben die Anklage, daß das jetzige kapitalistische System die Massen bei gefüllten Scheuern verhungern läßt. Wenn die Wirtschaft so viel Energie auf die Verteilung der Produkte verwandt hätte, wie auf die Produktion selbst, so hätten wir längst die soziale Frage gelöst. Die Produktivkräfte sind zwar gewaltig entfesselt in den letzten Jahren, aber sie sind ungebärdig geworden und gehorchen keiner Beschwörungsformel der kapitalistischen Machthaber.

Nächst Amerika ist es **Deutschland**, das gewaltige Sprünge in der Mechanisierung und Technisierung seiner Großindustrie gemacht hat. Die Thyssen-Hütte in Hamborn erzeugte früher 75 000 Tonnen Stahl mit 10 000 Arbeitern, heute stellt sie 170 000 Tonnen mit 9900 Arbeitern her. Man kann sagen, daß eine technische Entwicklung, die früher Jahrzehnte gebraucht hätte, heute in wenig Jahren erreicht wird.

Das alles wären unendliche Möglichkeiten, den **Wohlfstand** und die Lebenshaltung aller Gesellschaftsschichten zu steigern. Aber es ist ein Hohn auf die Zivilisation und menschliche Dürfnisse, wenn man feststellen muß, was die kapitalistische Wirtschaftsordnung daraus gemacht hat. Nach Ansicht der Unternehmer freilich hat das verrückte „marxistische System“ den Wiederaufbau der Wirtschaft verhindert mit seinen hohen Steuern, der sozialen Belastung, dem 8-Stunden-Tag und den „unerträglich hohen Löhnen“. Aber

in Wirklichkeit ist das jetzige System in jedem Betracht kapitalistisch

und es hat für die Bestehenden trotz aller Klagen und Kritik zu ungeheurem Reichtum und Luxus geführt, während die arbeitenden Massen darben müssen und ständig das Gespenst der Arbeitslosigkeit im Hintergrund sehen. Freilich nach dem ver-

lorengegangenen Krieg mußte Deutschland Auslandskapital hereinnehmen. Aber nach neuen einwandfreien Feststellungen beträgt die Auslandsverschuldung Deutschlands 27 Milliarden Mark bei 10 Milliarden Guthaben im Ausland, wozu natürlich die Milliarden nicht gezählt sind, die ohne polizeiliche Abmeldung abgewandert sind. Rechnet man von den 17 Milliarden noch 8 Milliarden für die Reparationen, so verbleiben keine 10 Milliarden für das Konto des deutschen Wirtschaftsaufbaus an Auslandskapital. Dabei wurden aber laut Nachweis des Konjunkturinstituts für Neuanlagen in Deutschland seit Ende der Inflation allein 26,8 Milliarden investiert, für Ersparanlagen 26,2 Milliarden, für Vorratsvermehrung 12,7 Milliarden, insgesamt also 65,7 Milliarden nachweisbare Anlagevermehrung. Es ist auch kein Zweifel, daß volkswirtschaftlich viel Kapital unvernünftig verwendet wurde in Fehlinvestitionen, wie man selbst in kapitalistischen Kreisen jetzt zugestehen muß. Wir haben natürlich auch mehrere Milliarden verloren durch die Einbruchspolitik der Hitler und Hugenberg, indem sie ihre Kriegszünge in den letzten Jahren frei aufführen konnten. Diese Ausgaben dürften nicht viel kleiner sein als die Reparationslast.

Interessant ist auch, was Tarnow über die vollständig verfehlte Politik Dr. Schachts im Verhältnis zur öffentlichen Wirtschaft darlegt. Wirtschaft und Kommunen haben die Fehler des Dr. Schacht nicht nur mit einem 4 bis 5 Proz. höheren Zinsfuß, sondern auch mit der

dauernden Abhängigkeit vom kurzfristigen Bankkredit

bezahlen müssen. Und es ist wohl kein Zweifel, daß Dr. Schacht just in dem Augenblick hochbezahltes Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen wurde, als mit seiner indirekten Hilfe die Stadt Berlin zur Strecke gebracht wurde und ihre Elektrizitätswerke verkaufen mußte. Schließlich ist er auch nicht der erste höhere Beamte, der aus solchen und ähnlichen Anlässen in höchstbezahlte Stellungen der Privatwirtschaft einrückt, derselben Privatwirtschaft, die von der Korruption des öffentlichen Lebens redet und die eigene Korruption verschweigt.

Der Kapitalismus ist freilich in den letzten Jahren immer stärker abhängig geworden von der Konsumkraft der Lohnarbeiter, und wenn man sich einstweilen auch noch gegen diese Erkenntnis sträubt — in Amerika hat sie sich auf breiter Grundlage durchgesetzt — man wird wohl oder übel mit gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Nachhilfe diesen Tatsachen Rechnung tragen müssen.

Es ist vielleicht bemerkenswert, noch einiges zu sagen über die faktischen Auffassungen für die Gegenwart. Tarnow hatte den Mut, einmal die Frage ausführlich aufzurollen, was ein Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft, von dem radikale Kreise oft reden, für die Arbeiterklasse bedeuten muß. Alle Andeutungen, mit einer „Generalidee“ oder einem Wundermittel der Schwierigkeit dieser Weltkrise und ihrer strukturellen und sonstigen Verschärfung in Deutschland beizukommen, sind nicht ernst zu nehmen. Für uns gibt es nur eine Generalidee, die heißt: Sozialismus. Wenn wir die Situation erkennen, uns und den Arbeitern nichts vormachen und die Hilfsgruppen des Kapitalismus (Nationalsozialisten) planmäßig bekämpfen auf der ganzen Linie, so dürfen wir auch darauf bauen, daß gerade diese ökonomische Weltkrise uns Millionen neuer Anhänger zuführen wird unter der Fahne des Sozialismus mit dem Ruf: Hinweg mit dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung!

Fast noch packender als das Referat Tarnows ist sein Schlüsselwort nach überaus sachlicher Diskussion. Er stellt fest, daß Diskussion und Redner sich über folgende Punkte vollkommen einig sind:

1. Die Theorie vom automatischen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft wird von niemandem vertreten. Genosse Jensen formuliert sogar, sie sei niemals von einem Sozialdemokraten vertreten worden.
2. Die Theorie, daß dies die Endkrise des Kapitalismus sei, wird von niemandem verteidigt.
3. Alle erkennen an, daß der Übergang vom kapitalistischen zum sozialistischen System kein einmaliger und kurzfristiger Akt, sondern ein langdauernder Umwandlungsprozeß ist.
4. Niemand glaubt, daß es ein Generalrezept gibt, das alle Uebel und Äste des Augenblicks schnell beseitigt und den Sozialismus verwirklichen könnte.

Er weist ferner nachdrücklich darauf hin, daß wir wohl den Sturz des kapitalistischen Systems wollen und ihn mit allen Kräften anstreben, was wir aber nicht wollen, ist die Vernichtung der Wirtschaft. Denn diese Wirtschaft zu zerstören, von der Millionen Menschen leben, würde auch die physische Vernichtung dieser Menschen bedeuten.

Der Redner kommt zu dem Resultat, daß wir unter gar keinen Umständen Parolen ausgeben dürfen an die Massen, an die wir ehrlich selbst nicht glauben können, denn damit würden wir in jedem Falle den Kern der organisierten Arbeiterkraft, die wir heute haben, verlieren. Wenn wir unsere gewerkschaftlichen und politischen Organisationen geschlossen und einig machen, werden wir besser vorankommen, als mit falschen Parolen!

Zu dem Referat Tarnow wurde folgende Entschliebung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen, die bestimmte Forderungen umreißt:

Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse.

Die gegenwärtige ökonomische Krise liefert einen neuen furchtbaren Beweis für die zunehmende Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, die Versorgung der Gesellschaft mit den vorhandenen Versorgungsmöglichkeiten in Uebereinstimmung zu bringen. Eine gewaltige Steigerung der produktiven Leistungsfähigkeit in allen Wirtschaftszweigen und in aller Welt ist die unmittelbare Ursache der Massenverelendung, die sich in allen kapitalistischen Ländern ausgebreitet hat. Den überquellenden Reichtum an Lebensmitteln, Rohstoffen und verarbeitenden Kräften verwandelt die kapitalistische Defonomie in grausame Hungersnöte und in eine unerhörte Vermehrung der Armut. Wie in der Vergangenheit, weiß auch jetzt der Kapitalismus von sich aus keinen anderen Weg aus der Krise, als den der massenhaften Vernichtung von Produktionsmitteln, der künstlichen Verstopfung von Rohstoffquellen, der planmäßigen Einschränkung der Lebensmittelproduktion. Gleichzeitig aber werden Millionen und aber Millionen aus ihrer Existenz und der Versorgung herausgeschleudert und dem Hunger überantwortet.

Aus diesen wahnsinnigen Widersprüchen der geltenden Wirtschaftsordnung kann die Menschheit nur durch die Ueberwindung des kapitalistischen Systems und die Verwirklichung des Sozialismus befreit werden. Diesen Befreiungskampf zu führen und dafür die Arbeiterklasse zu organisieren, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften.

Dabei ist sich der Parteitag bewußt, daß der Sturz des Kapitalismus nicht ein einmaliger kurzer Akt sein kann: er vollzieht sich als ein Umwandlungsprozeß im steten Kampf zwischen der organisierten Arbeiterklasse und den großkapitalistischen Wirtschaftsmächten. Der Kampf für den Sozialismus kann nicht geführt werden, ohne gleichzeitig den Kampf um die Verbesserung der Arbeiterlage in der Gegenwart zu führen. Die furchtbaren sozialen Auswirkungen der Krise legen der Partei insbesondere die Pflicht auf, sich mit aller Kraft für die Ueberwindung dieser Nöte einzusetzen.

Die deutsche Wirtschaft ist aufs engste verflochten mit der Weltwirtschaft, die durch den Krieg, die Friedens- und Reparationsverträge, den Nützlichkeitswahn, den wirtschaftlichen Protektionismus und die mangelnde Bereitwilligkeit zu friedlicher Zusammenarbeit der Völker völlig desorganisiert ist. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Politik für die Sicherung des Friedens, internationale Abrüstung, Streichung der internationalen Kriegsschulden und Reparationen, Beseitigung aller Hemmnisse im internationalen Güterausgleich, Abbau der Zollmauern, Abschluß langfristiger Handelsverträge, internationale Regelung des Kapitalstroms und Maßnahmen gegen die Kapital- und Steuerflucht.

Für die innere Wirtschaftspolitik sind vorrangige Aufgaben: scharfe Kontrolle des Monopolkapitalismus, Herabsetzung der Zölle, systematische Konjunktur- und Arbeitsbeschaffungspolitik, planmäßige Auftragsregelung durch die öffentliche Hand, Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf die Banken und Kreditinstitute, Regelung des Kapitalverkehrs zur Verhinderung von Spekulationen, Ausbau der öffentlichen Wirtschaft und Abwehr der Privatisierungsbestrebungen, Heranziehung von Auslandskrediten zur Förderung des Wohnungsbaues und gemeinnütziger Arbeitsbeschaffungspläne.

Der Parteitag fordert die gefechtsmäßige Verkürzung der zulässigen Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche. Er brandmarkt die Lohnabbauoffensive des Unternehmertums als Ausfluß sozialer Brutalität und als undereinerbar mit den volkswirtschaftlichen Interessen, die zur Ueberwindung der Krise eine Stärkung der Massenkraft erfordern. Die Sozialpolitik und die sozialen Einrichtungen müssen geschützt und erweitert werden.

Der Parteitag ist sich bewußt, daß die Durchsetzung dieser Gegenwartsforderungen ebenso wie die Verwirklichung des Sozialismus politische Maßnahmen sind. Er beklagt aufs tiefste, daß das Proletariat, das als Volksmehrheit nach der demokratischen Verfassung der Republik dazu berufen ist, die entscheidende politische Macht zu sein, von diesem Rechte noch keinen ausreichenden Gebrauch gemacht hat. Die Verteilung der politischen Macht steht deshalb noch im Gegensatz zur sozialen Struktur. Diesen Widerspruch aufzuheben ist die wichtigste Voraussetzung für die Durchsetzung einer sozialeren Politik und der schnelleren Ueberwindung des Kapitalismus.

In dieser Erkenntnis ruft der Parteitag das arbeitende Volk auf, sich seiner Macht bewußt zu werden und unter dem Banner der Sozialdemokratischen Partei in geschlossener Organisation den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschafts-anarchie und für die Verwirklichung des Sozialismus zu führen.

* * *

Im Anschluß daran sprach Breitscheid über die Gefahr des Faschismus und dessen Ueberwindung, während Sollmann den Bericht der Reichstagsfraktion gab.

Nach einer sehr hochstehenden und mit wenigen Ausnahmen sachlich geführten Debatte und nach glänzenden Schlussworten der beiden Referenten wurde zur Disziplinfrage ein Antrag angenommen, der das Verhalten der neun Reichstagsabgeordneten mißbilligt. Eine Entschliebung macht den Fraktionen einheitliches Auftreten zur Pflicht. Die sozialen Forderungen des Parteitag, zusammengefaßt in einer Resolution Aufhäuser-Gerlach, finden einstimmige Annahme. Die Entscheidung zu der bevorstehenden neuen Notverordnung wird der Fraktion überlassen, die Taktik der Fraktion gebilligt und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Dank und Anerkennung ausgesprochen für den mit so großer Opferbereitschaft geführten Kampf gegen den Faschismus.

Zur Jugendfrage erstatteten Erich Ollenhauer und Kurt Löwenthein Referate. Letzterer besonders über die Bewegung der Kinderfreunde.

Zum Bericht der Reichstagsfraktion nahm der Parteitag den folgenden Antrag Kirchner an:

„Der Parteitag erkennt die schwierige Finanznot der deutschen Gemeinden und die dringende Notwendigkeit der finanziellen Hilfe durch das Reich an. Er ist überzeugt, daß die Gemeinden die Fürsorge für die Wohlfahrtsverbandslosen nur noch aufrechterhalten können, wenn eine andere Lastenverteilung bei der Arbeitslosenfürsorge unter angemessener Beteiligung des Reichs durchgeführt wird.“

Die Aufrechterhaltung der Fürsorge für die Wohlfahrtsverbandslosen durch die Gemeinden liegt im unmittelbaren Interesse der Arbeiterklasse. Ein Zusammenbruch der kommunalen Fürsorge wäre nicht nur ein unübersehbares Unglück für die unmittelbar Betroffenen, sondern auch von folgenschwerer Wirkung auf das Lebensniveau der gesamten Arbeiterschaft.

Bisher hat die Reichsregierung lebhaftig versucht, die Reichsfinanzen zu sanieren und hat dabei den Gemeinden neue Lasten auferlegt. Eine solche Politik ist im Interesse des Volksganzen untragbar. Das Reich hat

die Pflicht, auch an der finanziellen Sicherstellung der Gemeinden mitzuwirken.

Der Versuch, durch die Bürgersteuer den Gemeinden zu helfen, hat sich — ganz abgesehen von ihrem unsozialen Charakter — als unzulänglich erwiesen. Die Bürgersteuer belastet die minderbemittelten Volksschichten aufs schwerste; ihre Anwendung müsse schon deshalb eine natürliche Begrenzung finden.

Der Parteitag begrüßt den Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Arbeitslosenfürsorge, der eine Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtsverbandslosenfürsorge und eine andere Lastenverteilung vorsieht. Er ersucht die Fraktion, unverzüglich bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß im Sinne dieses Gesetzentwurfes baldige Maßnahmen getroffen werden, die den Gemeinden die Möglichkeit geben, ihre Aufgaben auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge zu erfüllen und sie vor dem finanziellen Zusammenbruch zu schützen.“

Die darauf vor sich gehenden Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzende Weis, Crispin und Vogel; Kassierer: Bartels und Ludwig; Sekretäre: Westphal, Juchacz, Stelling und Dittmann; Beisitzer: Breitscheid, Stampfer, Hilferding, Anna Nemis, Moses, Hilfenbrand, Stahl, Schulz, Elfrido Rynneck, Litke und Frank. In die Kontrollkommission wurden gewählt: Paul Löbe, Bock, Treu, Hengsbach, Drey, Schönfelder, Hermann Müller, Trummenerl und Cipinski.

In der Schlußsitzung des Parteitages machte die Opposition noch einen recht unklugen, doch vergeblichen Vorstoß.

Derart unerfreuliche Eindrücke wurden aber mehr als aufgewogen durch die den Parteitag zu höchster Begeisterung entflammende Schlußansprache des Vorsitzenden Otto Weis. Es blieb der Gesamteindruck: Diese große Partei der sozialistischen Arbeiterschaft steht einig und geschlossen da als je. Sie wächst und gewinnt nicht nur Einfluß nach außen, sondern auch Festigkeit nach innen.

Provokierende Forderungen der Schwerindustrie

Der sogenannte Langnamverein, das ist der „Verein zur Wahrung der gemeinwirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen“, hielt mit der berichtigten „Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Stahl- und Eisenindustrieller“ am 3. Juni in Düsseldorf eine außerordentliche Tagung ab, in der gefordert wurde: Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der Privatwirtschaft und Beschränkung der Tätigkeit der regierenden Stellen auf wirkliche und reine Staatshoheitsrechte.

Das heißt nichts anderes als Beseitigung aller Tarifverträge, Zerstückelung der Schlichtungsordnung wie überhaupt des ganzen Arbeitsrechts, also noch verstärkter Druck auf die Löhne und auf die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters. In einem Leitartikel der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ war dazu gesagt:

„Die auf den verschiedensten Tagungen der Unternehmerverbände gegen die Weiterbefolgung der deutschen Wirtschaftspolitik ausgesprochenen Beschränkungen seien durch die Wirklichkeit noch weit übertroffen worden. Die 4 bis 5 Millionen Arbeitslosen seien Opfer einer spekulativen „Wirtschaftspolitik“, die gegen den ausgesprochenen Willen der Wirtschaftsjührer durchgeführt worden sei. Heute gelte es, die Folgerung aus den Freileistungen in den Wirtschaftskrisen zu ziehen und der Unternehmerschaft den Betätigungsspielraum wieder zu verschaffen, den sie brauchen, um nach Möglichkeit die angerichteten Schäden wieder auszubessern und eine weitere Verschlimmerung der Lage der Unternehmerschaft zu verhüten.“

Die Eröffnungsrede wurde von Dr. Springorum geschwungen, der u. a. sagte: Es sei eine verhängnisvolle Selbsttäuschung nach einem verlorenen Krieg und unter dem Druck unerhörter Tributverpflichtungen einen Reallohn und eine Lebenshaltung aufrechterhalten zu wollen, die nur unter besseren Verhältnissen Berechtigung hätten. Das verhängnisvolle System der Halbheiten in Wirtschafts- und Finanzpolitik müsse rücksichtslos bekämpft werden und vom Reichskanzler sei zu verlangen, daß er der freien Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte die Wege ebne.

Zur Begründung dieser Forderung prägte Herr Reusch, Oberhausen, das schöne Wort: Wir müssen uns emporkümpfen! Und der Präsident der Industrie- und Handelskammer Münster, Herr Stein, klagte über die schlechte Lage des Bergbaus. Wie schlimm die Herren, die Gehälter von Hunderttausenden von Mark beziehen, hungern müssen, läßt die vor einigen Tagen durch die „Rheinische Zeitung“ in Köln verbreitete Nachricht erkennen, daß die Spitzenorganisation des Ruhrbergbaus, der Bergbau-Verein, der nationalsozialistischen Parteileitung eine halbe Million Mark zur Verfügung gestellt habe.

Das Maß des Hungerns lassen gewiß auch die Dividenden-ausschüttungen der meisten Industriebetriebe erkennen, die sie aus dem Gewinn des letzten Geschäftsjahres trotz der jetzt herrschenden Wirtschaftskrise verteilen konnten. Es seien nur genannt: Die

Braunkohlen- und Brikettwerke Rottergrube in Brühl mit 30 Proz., Julius Berger, Berlin, mit 20 Proz., Knoll AG, Ludwigshafen, mit 15 Proz., Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff AG, mit 12 Proz., Grün u. Bilfinger mit 15 Proz., Portland-Zementfabrik Hemmer mit 15 Proz. und viele andere, die 10 Proz. und darüber an Dividenden ausschütten. Daß dabei nicht einmal die wirklichen Gewinne zum Ausdruck kommen, läßt das Rundschreiben der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim an ihre Geschäftsfreunde über den Geschäftsgang im Jahre 1930 erkennen.

„Der Reingewinn von rund 2 050 000 RM. (ohne Vortrag aus dem Vorjahr) gegenüber vorjährigen 1 450 000 RM. hätte an und für sich die Verteilung einer erhöhten Dividende gestattet; aus den gleichen Erwägungen wie andere Hypothekbanken, nämlich besonders im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage, schlägt indessen die Verwaltung vor, es für dieses Jahr bei der vorjährigen Dividende von 10 Proz. auf das dreifache voll dividendenberechtigte Stammkapital von 12 000 000 RM. zu belassen.“

Aber auch die rheinische Landwirtschaft war vertreten, und zwar durch den Präsidenten ihrer Kammer, den Freiherrn vom Lüning, der eine völlige Aenderung der wirtschaftlichen Grund-einstellung verlangte. Der deutsche Staat sei tödlich erkrankt an der Seuche des Staatssozialismus. Das völlige Fiasko dieses Sozialismus sei das Kennzeichen unserer Tage, und der als verfehlt erwiesenen Sozialpolitik.

Als Referent der als „Nottagung“ aufgelegenen Versammlung forderte dann Dr. Dögler einen auf Jahre hinaus abgestellten Wirtschaftsplan zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben. Dabei muß die Reichsregierung auf die übertriebene Ausgabenwirtschaft der gesamten öffentlichen Hand ohne Rücksicht auf Zuständigkeitsfragen einwirken. Fehlende gesetzliche Handhaben sind sofort zu schaffen. Sie verlangt die Abschaffung der kapitalzerstörenden Gesetze und Derordnungen und die Wiederherstellung der Bewegungsfreiheit der privaten Wirtschaft.

Gegenüber diesen Forderungen äußerte sich selbst das bürgerliche „Berliner Tageblatt“ wie folgt:

„Bei der heutigen Arbeitsmarktlage würde es bei Freigabe der Lohnverhandlung ohne Schwierigkeiten gelingen, seiner Arbeiterschaft die Lohnbedingungen zu diktiert. Der Vorschlag ist vor allem deswegen un-diskutabel, weil er die Gewerkschaften entrechtet und ähnliche Zustände schaffen würde, wie in „der guten alten Zeit“, in der die Arbeiterschaft noch kein Koalitionsrecht hatte.“

Es ist ganz klar, daß diese Tagung der Schwerindustrie in voller Absicht zu einer Zeit einberufen worden ist, da gleichzeitig das Parlament des deutschen Proletariats, der Leipziger Parteitag der SPD, abgehalten wird. Doch sie hat das Gute für die Arbeiterschaft, daß sie die Gegensätze so recht deutlich werden läßt. L.

Die neue Notverordnung

Alle Befürchtungen sind weit übertroffen. Die neue Notverordnung atmet einen selten unsozialen Geist und bringt eine Belastung der Massen mit sich, die uns nicht mehr tragbar erscheint. Was soll der Hinweis in dem begleitenden Aufruf der Reichsregierung: „Daß es dabei ohne Härten, die alle Kreise des Volkes treffen, nicht gehen kann.“ Tatsache ist, daß auch diese Notverordnung diejenigen, die kaum noch das Nötigste zum Leben haben, ungleich stärker belastet als den Besitz. Daß aber gerade diese Kreise, die andauernd das Wort von „nationaler Einheit“ und „Volk und Vaterland“ im Munde führen, mehr tun könnten für die Not dieses Volkes, als man von ihnen verlangt, geht auch aus dem vorhergehenden Artikel hervor. Lassen wir aber einmal die Notverordnung in knappen Umrissen für sich selbst sprechen; vorausschicken wollen wir dabei eine zahlenmäßige Uebersicht über den Fehlbetrag des Reiches und die Deckungsmöglichkeiten durch die Notverordnung.

Der Steuerausfall ist auf rund 940 Millionen Mark zu beziffern, von denen 500 Millionen auf das Reich, 440 Millionen auf Länder und Gemeinden entfallen. Außerdem muß im Haushalt des Reiches für den Fehlbetrag der Knappheitsversicherung sowie eine Reihe anderer Mehrausgaben Deckung geschaffen werden.

Die Gesamtdeckung nach dem Plan der Reichsregierung gestaltet sich wie folgt:

Reiner Fehlbetrag des Reichs: a) Einnahmeausfall 495 Millionen, b) Mehrausgaben 79 Millionen, reiner Fehlbetrag des Reichs zusammen 574 Millionen.

Deckung: a) auf der Ausgabenseite 1. Gehaltskürzung 101 Millionen, 2. Reichsverforgung 85 Millionen, 3. sonstige Haushaltabschnitte 120 Millionen, zusammen a) 306 Millionen, b) auf der Einnahmeseite 1. Zuckersteuer 110 Millionen, 2. Mineralölzölle 75 Millionen, 3. statistische Abgabe 3 Millionen, 4. Uebergang zur Monatszahlung bei der Umsatzsteuer 80 Millionen, zusammen b) 268 Millionen, Deckung zusammen 574 Millionen.

Krisenfürsorge und Arbeitsbeschaffung: Fehlbetrag bei der Krisenfürsorge 245 Millionen, für Arbeitsbeschaffung 140 Millionen, zusammen 385 Millionen.

Die Deckung wird durch das Auskommen aus der Krisensteuer sichergestellt.

Zur Deckung des Fehlbetrags bei Ländern und Gemeinden, insbesondere der Wohlfahrtslasten der Gemeinden stehen in Millionen Mark zur Verfügung; 1. Gehaltskürzung 207, 2. Lohnsteuererstattung 60, 3. Umsatzsteuer 35, zusammen 302 Millionen Mark.

Der erste Teil der Verordnung bringt einige Änderungen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930, soweit sie Tabaksteuer, Steuervereinheitlichung, Bürgersteuer und Krankenfürsorge betreffen. Sie sind untergeordneter Natur.

Der zweite Teil sieht zur Sicherung des Haushaltes in erster Linie die Gehaltskürzung von Beamten, Angestellten und Arbeitern in Reich, Ländern und Gemeinden vor. In diesen Bestimmungen sagt § 7, Absatz 2 bis 4:

„Die Länder, Gemeinden (Gemeindeverbände) und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind berechtigt und verpflichtet, die Dienstbezüge ihrer Beamten und Angestellten herabzusetzen, soweit sie höher liegen als die Dienstbezüge gleich zu bewertender Reichsbeamten. Bei diesem Vergleich der Dienstbezüge sind alle Geldbezüge und sonstigen Bezüge heranzuziehen, die die Beamten mit Rücksicht auf ihre hauptamtliche oder nebenamtliche Dienstleistung erhalten.“

Soweit Bezugsberechtigte wohlverworbene Rechte nach Artikel 129 Abs. 1 Satz 3 der Reichsverfassung haben, werden diese Rechte durch die Vorschriften des Abs. 1 oder durch die auf Grund des Abs. 2 ergehenden Vorschriften nicht berührt.

Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) sind berechtigt und verpflichtet, mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 ab die Dienstbezüge ihrer Angestellten und die Stundenlohnbezüge ihrer Arbeiter, soweit sie die Bezüge der entsprechenden Arbeitnehmer, Angestellten (ungelernte Arbeiter, angelernte Arbeiter, Handwerker usw.) im Reichsdienst, einschließlich des Dienstes bei der Deutschen Reichspost übersteigen, herabzusetzen. Dies gilt nicht für Arbeitnehmer in Betrieben, deren Löhne oder Gehälter bei Verkündung dieser Verordnung in einem einheitlichen Tarifvertrag mit denen der Arbeitnehmer privater Betriebe geregelt sind. Im übrigen bleiben Tarif- und Einzelverträge in Kraft.“

Die Dienstbezüge der Reichsbeamten sowie die Versorgungsbezüge der Wartegeld- und Ruhegeldempfänger werden über die bereits im Januar erfolgte Senkung um 6 Proz. wie folgt gekürzt:

In der Sonder- und Ortsklasse A bis 3000 Mk. 4 Proz., bis 6000 Mk. 5 Proz., bis 12 000 Mk. 6 Proz., über 12 000 Mk. 7 Proz.

In den Ortsklassen B, C und D erhöht sich die Kürzung um 1 Proz. Bei den Reichsministern beträgt die Kürzung 8 Proz. Hierzu tritt noch die Krisensteuer. Die Senkung erfolgt vom 1. Juli 1931 ab, sie gilt unmittelbar auch für die Bezüge der Angestellten im öffentlichen Dienst. Die Kinderzuschläge bei Beamten und Angestellten erfahren folgende Änderungen: Für das erste Kind werden künftig 10 gegen bisher 20 Mk. gewährt, während für das dritte und vierte Kind 25 Mk. für das fünfte Kind und darüber hinaus 30 Mk. gegen Zuschläge von bisher 20 Mk. treten.

Die Zuckersteuer wird pro Doppelzentner von 10,50 Mk. auf 21 Mk. erhöht. Die Herabsetzung des Höchstpreises für Zucker, die eine Abwälzung der Steuererhöhung auf die Verbraucher verhindert hätte, ist in der Verordnung nicht enthalten. Die Mineralölzölle werden von 10 auf 17 Mk. erhöht. An dieser Steigerung verdient die Großindustrie auf Kosten der Verbraucher.

Kapitel 4, Teil 2, sieht eine ganze Reihe von Verschlechterungen der Reichsverforgung vor. Die wichtigsten davon sind Wegfall der Kinderzulagen für Leichtbeschädigte, eine gestaffelte Senkung der Ortszulagen und die Anrechnung der Rente auf öffentliche Einkommen. Die weiteren Kapitel im Teil 2 behandeln die Abgeltung von Kriegsschäden, statistische Abgaben und die Gebühren für Aufsicht über Privatversicherung.

Besonders wichtig für unseren Gesamt-Verband ist das Schlüsskapitel des zweiten Teils, das sich mit der Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände befaßt. Es sagt:

„§ 1. Die Länder üben kraft eigenen Rechts die Staatsaufsicht über die Finanzverwaltung der Gemeinden aus. Bis auf weiteres gelten jedoch die Vorschriften der §§ 2 bis 4, weitergehende Vorschriften des Reichs- und des Landesrechts bleiben unberührt.“

§ 2: Die Landesregierung und die von ihnen beauftragten Behörden (Staatsaufsichtsbehörden) überwachen die Haushaltsklassen und Rechnungsführung sowie die Kassenlage, die Vermögensverwaltung und das Schuldenwesen der Gemeinden. Sie sind befugt, Auskunft über diese Verwaltungszweige und Tätigkeiten sowie Einsicht in die Akten und Unterlagen der Gemeinden zu verlangen.

§ 3: Rebersteigen die Ausgaben einer Gemeinde die Einnahmen, so hat die Staatsaufsichtsbehörde dahin zu wirken, daß der Ausgleich durch Senkung der Ausgaben erreicht wird. Soweit das nicht möglich ist, hat die Staatsaufsichtsbehörde dafür zu sorgen, daß alle zur Erhöhung der Einnahmen erforderlichen und zulässigen Maßnahmen ergriffen, insbesondere die gesetzlich zugelassenen oder vorgezeichneten Steuern sämtlich und in vollem Umfang ausgenutzt werden. Verweigert oder unterläßt eine Gemeinde die dazu erforderlichen Beschlüsse, so kann die Staatsaufsichtsbehörde diese Beschlüsse an Stelle der Gemeinde entweder selbst fassen oder durch einen besonderen Beauftragten (Staatskommissar) fassen lassen. Soweit und solange es die Durchführung der Beschlüsse nötig macht, kann die Verwaltung der Gemeinde an Stelle der zuständigen Gemeindebehörde dem Staatskommissar übertragen werden.

Beschlüsse der in Abs. 1 Satz 3 bezeichneten Art sind rechtsgültig, auch wenn die Staatsaufsichtsbehörde oder der Staatskommissar sie vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung gefaßt hat.

§ 4: Den Gemeinden im Sinne der §§ 1 bis 3 stehen die Gemeindeverbände gleich.

Diese Verordnung stellt also allgemeine Grundsätze über Umfang und Mittel der Staatsaufsicht der Länder über die Gemeinden fest, um den Ländern einen gesetzlichen Rückhalt für die Durchführung der Staatsaufsicht zu geben.

Die Änderungen über die Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge (Kapitel 1, 3. Teil) bringen einen Unterstützungsabbau auf der ganzen Linie, der den Fehlbetrag der Reichsanstalt von 400 Millionen Mark decken soll. Die Einschränkungen der Leistungen sind folgende:

Die Unterstützungen werden in allen Lohnklassen durch eine fünfprozentige Kürzung des Einheitslohnes gesenkt. Demnach beträgt die Hauptunterstützung in der Klasse I 70 Proz., in Klasse II 60 Proz., in Klasse III 50 Proz., in Klasse IV 42 Proz., in den Klassen V und VI 35 Proz., in der Klasse VII 32,5 Proz. und in den Klassen VIII bis XI 30 Proz. des Einheitslohnes. Arbeitslose mit berufsbildender Arbeitslosigkeit erhalten versicherungsmäßige Unterstützung nur auf die Dauer von 20 Wochen gegenüber bisher 26 Wochen und nur in Höhe der Sätze der Krisenfürsorge.

Die Wartezeiten werden allgemein um 8 Tage verlängert, und zwar bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen von 14 auf 21 Tage, bei solchen mit 1 bis 3 zuschlagsberechtigten Angehörigen von 7 auf 14 Tage und bei Arbeitslosen mit 4 und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen von 3 auf 7 Tage. Die Pflicht zur Arbeitsaufnahme wird verschärft und die Möglichkeiten, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen, erweitert.

Technische Fortschritte im Jahre 1930

Die bisher noch ständig zunehmende Vermehrung der Erdbevölkerung und die nahende Erschöpfung einzelner Rohstoffquellen (Erdöl und Eisenerze) unseres Planeten lassen die Abhängigkeit der gesamten Weltwirtschaft von den Fortschritten der Chemie und Technik in immer schärferer Beleuchtung erscheinen. Nicht nur, daß jede Vermehrung der Erdbewohner einen erhöhten Verbrauch an Rohstoffen zur Folge hat, wird auch die Frage der ausreichenden Ernährung des Bevölkerungszuwachses immer schwieriger und überhaupt nur lösbar mit Hilfe der Chemie und Technik, die durch rationellere Bodenbearbeitungsmethoden, durch Schaffung künstlicher Düngemittel, künstliche Bewässerung der Felder, Urbarmachung von Gelande usw. dem Boden immer größere Ernteerträge für die Flächeneinheit abzugewinnen vermögen. Angesichts dieser steigenden Bedeutung der Chemie und Technik für den weiteren Verlauf der Weltgeschichte erscheint es lohnend, die technischen Errungenschaften des abgelaufenen Jahres einer kurzen Musterung zu unterziehen.

Da heute die Verkehrsmittel nicht nur im Dasein des einzelnen Menschen, sondern auch im Leben der Völker und darüber hinaus in der gesamten Weltwirtschaft eine ausschlaggebende Rolle spielen, so möge mit den Fortschritten auf diesem Gebiet begonnen werden. In frischer Erinnerung stehen noch die Versuche mit dem Propellertriebwagen, der von Diplomingenieur Krudenberg, basierend auf den Pionierarbeiten des Professors K. Wiesinger, gebaut wurde. Wie weit der Propellerwagen einen neuen Abschnitt auf dem Gebiet des Eisenbahnverkehrs einleiten wird, läßt sich heute noch nicht sagen. In der Luftschiffahrt sind als wichtigste Ereignisse die ausgehenden Flüge des Junkers-Großflugzeuges G. 38 und des Dornier-Flugschiffes Do. X. anzuführen. Die Weltreise des „Graf Zeppelin“ im Jahre 1929 hat inzwischen insofern Früchte getragen, als eine japanische Zeppelingesellschaft mit 15 Millionen Dollar Kapital gegründet wurde, deren Zweck ein regelmäßiger Luftschiffverkehr zwischen Tokio und San Franzisko ist. Im Laufe des Monats November führte „Graf Zeppelin“ einige Werkstättenfahrten aus, wobei u. a. auch Landungsversuche am Raupenschlepper vorgenommen wurden. Das englische Luftschiff R. 101 wurde auf einer Fahrt, die nach Indien führen sollte, in der Nähe von Paris zerstört. Die Frage der Heliumfüllung für Luftschiffe steht damit wieder im Vordergrund des Interesses. Sicheren Meldungen nach wollen die Amerikaner die erforderliche Heliummenge für das zurzeit in Friedrichshafen im Bau befindliche Luftschiff LZ. 128 liefern.

Der von Professor Picard im Freiballon von Augsburg aus geplante Flug in die Stratosphäre, bei dem er 16 000 Meter Höhe zu erreichen hoffte, scheiterte an dem ungenügenden Auftrieb des nicht völlig gefüllten Ballons, der bei 30 Meter Durchmesser 16 000 Kubikmeter Gas zu fassen vermochte. (Ist bekanntlich im Mai 1931 erfolgt.) Anfang Juni erreichte der amerikanische Marineflieger Soucek in der Nähe von Washington 13 137 Meter Höhe, womit er den bisherigen Höhenrekord des Junkers-Piloten Neunhofen um 398 Meter überbot. Ein amerikanisches Flugzeug blieb im vergangenen Sommer 553 Stunden, also über 23 Tage, in der Luft. Im internationalen Rundflug 1930 blieb Deutschland auch diesmal Sieger. Bei Junkers wurden die Arbeiten an dem Höhenflugzeug, das in späterer Entwicklung das Vordringen in die Stratosphäre ermöglichen soll, fortgesetzt. Ein solches Flugzeug erfordert für den Motor einen Kompressor und für die Befahrung eine luftdruckdichte Höhenkammer (Kabine). Die englische Heeresverwaltung hat nach langen Versuchen ein ganzes Geschwader von Dickers-Mapier-Flugzeugen mit Fernlenkvorrichtungen versehen lassen. Die unbemannten Flugzeuge werden durch elektrische Wellen von der Erde oder von bemannten Flugzeugen aus gelenkt. Die Raumschiffahrt mit Raketen konnte im abgelaufenen Jahre keine neuen Erfolge erzielen. Dem deutschen Verein für Raumschiffahrt wurde zwar in Reinickendorf bei Berlin ein vier Quadratkilometer großer Platz mit einigen betonierten Gebäuden zur Verfügung gestellt, doch fließen die erforderlichen Mittel so spärlich, daß die Pioniere nicht so experimentieren können, wie sie gerne möchten. Einer von ihnen, Max Valier, verunglückte im Mai bei der Explosion einer mit flüssigem Sauerstoff gefüllten Stahlflasche tödlich.

Von größtem Allgemeininteresse sind die Versuche mit dem elektrischen Wellenherd, der von einem Berliner Ingenieur erfunden wurde und bald auf dem Markt erscheinen dürfte. Bei diesem elektrischen Wellenherd werden die Speisen nicht mehr wie bisher gar gekocht, sondern mittels elektrischer Wellen werden die Zellen gesprengt, welcher Vorgang nur einige Minuten in Anspruch

nimmt. Da die Speisen bei dieser Art der Zubereitung nicht über 80 Grad Celsius erwärmt werden, also gar nicht kochen, so bleiben ihnen alle Vitamine erhalten. Zubereitete Äpfel behalten ihre natürliche Farbe. Bei Versuchen wurde aus einem halben Pfund Schabefleisch in vier Minuten eine vorzügliche Fleischbrühe bereitet.

Ein von dem Amerikaner Birdsen erfundenes Schnellgefrierverfahren dürfte von größter Bedeutung für die gesamte Ernährungswirtschaft werden, da Fleisch, Fische, Gemüse und Früchte, wenn man sie ganz schnell und stark abkühlt, sich lange Zeit konservieren lassen und nach dem Auftauen in keiner Weise von frischen Erzeugnissen zu unterscheiden sind. — Ein aus Zellstoff gewonnenes neues Material namens „Makelite“ dürfte als durchsichtiger unzerbrechlicher Werkstoff das Blech oder Glas für Konservendosen bald verdrängen.

Aus München kam Mitte Oktober die Nachricht, daß ein Verfahren zum Patent angemeldet worden sei, das als bedeutender Fortschritt auf dem Gebiet der Farbenphotographie anzusehen ist. Zur Herstellung von farbigen Bildkopien müssen bisher bekanntlich drei verschieden gefilterte Negative verwendet werden. Nach dem Verfahren soll es möglich sein, von einem einzigen Negativ eine beliebig große Anzahl von farbigen Bildern zu erhalten, und zwar durch Vordrehung eines Farbträgers bei der Aufnahme. — Eine neue Erfindung, der von einem Hallenser Professor erdachte Elkinoplast-Projektionsgitterschirm, ist dadurch gekennzeichnet, daß er an seiner dem Zuschauer zugekehrten Fläche ein senkrecht und parallel verlaufendes feines System flach elliptisch-segmentär gewölbter Erhebungen enthält. Damit wird erreicht, daß auch der ganz auf der Seite sitzende Kinobesucher das Bild genau so unverzerrt sieht wie der in der Mitte des Raumes sitzende.

Wenn der Vorschlag des jungen Radioforschers Manfred v. Ardenne, den Fernempfang in der Großstadt, der wegen der Zunahme der örtlichen Störungen immer schlechter wird, durch Aufstellung von Empfangsanlagen wesentlich zu verbessern, den gewünschten Erfolg hat, dann würde dies eine Bereicherung des Programms für diejenigen Radiohörer bedeuten, die bisher mit ihren einfachen, billigen Apparaten nur den örtlichen Sender vernahmen konnten. — Trotz unablässiger Forschungsarbeiten aller am Bildfunk interessierten Kreise konnte auch im abgelaufenen Jahre eine einigermaßen befriedigende Fernsehapparatur für Amateure noch nicht auf den Markt gebracht werden. Wie ja auch das Fernsehokino ebenfalls über gelegentliche Versuche noch nicht hinausgekommen ist.

Im Mai erfolgte in einem amerikanischen Theater die erste Schauspielübertragung vor 2500 Zuschauern. Das lebende Bild wurde auf einem Schirm projiziert, und ein Lautsprecher übertrug die von den Schauspielern gesprochenen Worte. Dr. Stillesprechender Draht wurde bereits verschiedentlich zur Herstellung „sprechender Bücher“ benutzt. In England wurde die Bibel auf 1524 Meter Draht aufgenommen. Auch als unsichtbarer Musiker wurde der sprechende Draht bei der Staatlichen Hochschule für Musik in Berlin herangezogen. — Eine bedeutende radiotechnische Neuerung stellt auch die Stabrohre von Telefunken dar. Sie enthält kein Gitter, sondern dafür an der Außenwandung des Glasröhrcorpers einen Metallbelag, der zur Steuerung des Anodenstromes dient. Teremin, bekannt geworden durch seinen Ätherwellen-Musikapparat, beschäftigt sich gegenwärtig mit einem Einbruchsfluß durch Ätherwellen.

Aus der Chemie möge der Brennstoff in der Tube, der vielleicht in Zukunft das Streichholz verdrängt, besondere Erwähnung finden. Dieser neue Brennstoff soll zur Füllung von Feuerzeugen dienen und im Gebrauch billiger als Streichhölzer sein. Das interessante Ereignis, daß aus den Tropen Eis nach dem kühleren Norden geliefert wird, vollzog sich am 5. August v. J. in der Weise, daß ein Dampfer 180 000 Kilogramm trockener Kohlenensäure, zwischen 30 Zentimeter dicke Korkplatten verpackt, in Mexiko an Bord nahm, um sie nach New York zu befördern. Die Kohlenensäure entströmt mit 70 Atmosphären Druck einer Erdbohrung und wird durch Maschinen in den festen Zustand übergeführt, um als Trockeneis zu dienen.

Auf der zweiten Weltkraftkonferenz, die Mitte vorigen Jahres etwa 2000 Ingenieure aus aller Herren Länder in Berlin vereinigte, wurden alle Fragen der Kraftgewinnung und Kraftausnutzung von ersten Fachleuten erörtert. Die erste Kraftanlage zur Ausnutzung tropischer Gewässer nach dem Vorschlag des französischen Physikers Claude wurde an der Küste von Havanna in Gang gesetzt. Praktische Bedeutung dürfte diese Energiequelle kaum jemals gewinnen, da die Anlagen zu teuer werden. C. T.

Sturmzeichen der maschinisierten Welt

Mit freundlicher Erlaubnis des Verlages Diet u. Co., Stuttgart, entnommen dem neuen Buche: *Moloch Maschine. Die Kultur- und Wirtschaftskrise der Welt von Stuart Chase. Autorisierte deutsche Ausgabe. Geb. 4,50 Mk., geb. 6,50 Mk.* Hier ist ein Buch, das sich auf Tatsachen stützt. Nicht gegen die Maschine, sondern für ihren richtigen Einsatz in unser Leben und für das Abbiegen ihrer Schäden geht es diesmal. Es zeigt hier alle schlimmen Gefahren und Möglichkeiten auf, vergißt aber nicht ihre Gegenwirkungen und behandelt die Fragen: Sind wir Sklaven der Maschine? — Hinter Zwingmauern aus Stahl. — Unter der dräuenden Rauchwolke. — Die Roboter. — Entartet das Handwerk? — Arbeitersparnis oder Brotlosmachung? — Ist das System richtig? — Einfluß der Produktion. — Revolution des Konsums durch die Maschine. — Ist Hege Erholung? — Die Gefahr des Ribellierens. — Wankende Kulturgrundlagen. — Der Zweijahreskrieg. — Eine Milliarde wilder Pferde sollst du bändigen! — Ein Anhang bespricht das Thema: Von James Watt bis zum Maschinenmenschen. — Soll nicht Mitteleuropa von morgen das Amerika von heute werden, müssen wir uns über die Maschinenzivilisation klar sein und sie in die rechte Bahn steuern.

Der Roboter, die Einbuße an handwerklicher Geschicklichkeit, die soziale Verflachung, der Niedergang der Warenqualität, die zerstörende Wirkung, die zunehmende Arbeitsnot — sie alle stellen schwere Probleme dar, aber sie nehmen alle am Flusse der Veränderlichkeit teil. Ihre Umrisse ändern sich von Jahr zu Jahr. Es machen sich außerdem auch gewisse ausgleichende Elemente bemerkbar. Dagegen erblicke ich keinerlei Ausgleich, soweit es sich um die Kriegsführung mit Maschinen handelt und soweit die immer stärkere Kompliziertheit und die davon herrührende maschinelle Spezialisierung in Frage kommt, ein Vorgang, den ich als technische „Verdünnung“, als Zerpfitterung, als ein In-die-Breite-Gehen bezeichnen möchte. Ich finde wenig greifbare Anzeichen der Beruhigung dafür, daß die zunehmende Inanspruchnahme der natürlichen Hilfsquellen für die Erzeugung der Wareninflut auch in Zukunft durch entsprechende neue Erfindungen auf dem Gebiete der Synthese und anderen Gebieten ihren Ausgleich findet. Im ganzen genommen werden diese drei Gefahren stetig schlimmer und sind um so ernster zu nehmen, weil ihre volle Wirkung erst nach längerer Dauer recht in Erscheinung tritt, deshalb auch bisher noch gar nicht richtig eingeschätzt wurde. Die Menschheit befaßt sich von jeher nur ungern mit Rechnungen ohne festliegende Endsumme, deren Fälligkeitstermin irgendwo in der unbekannteren Zukunft liegt. Soll sich doch die Nachwelt gefälligst darum kümmern, was tut denn die Nachwelt für uns?!

Wir drehen einen Hebel, und schon kommt das Wasser gelaufen. Sollte es ausbleiben, so telephonieren wir gleich wutentbrannt den Installateur herbei. Woher das Wasser aber kommt und wie es behandelt wird, davon haben wir meistens keine Ahnung. Es interessiert uns auch gar nicht. Eher glauben wir, daß die Sonne still steht, als daß das Wasser nicht nach dem entsprechenden Aufwand von Telephonieren und Flickerei wieder aus den Hähnen fließt. Und doch könnte eine Handvoll Techniker dieses Wunder in ein paar Stunden zuwege bringen. Ehe aber die Amateuertechniker die Leitungen wieder in Betrieb hätten, würden wir längst alle, heiß vor Durst, nach den nächsten Pfützen rennen. Ein Ingenieur hat mir einst geschilbert, wie ein kleines Häuflein von 100 Mann, die die Adern für Wasser, Gas, Kraft, Schwemmkanal, Kehricht, Milchversorgung und Verkehr betreiben, das Leben in der Großstadt ebenso rasch und gründlich ersticken könnte, wie wenn jeder Fleck mit Giftgas verseucht würde. Selbst auf dem flachen Lande ist durch zunehmende Verbreitung der elektrischen Kraft, des Fernsprechers, des Benzinmotors und der vom Ausland eingeführten Kraftfuttermittel das Maß der Abhängigkeit von unbekannteren technischen Vorgängen sehr groß geworden. Wenn in meinem Dorftadthaus eine Hauptsicherung durchschmilzt, können wir weder beleuchten, noch kochen, noch heizen. Bleibt der Strom etwa mitten im strengsten Winter aus, so wird das Haus innerhalb weniger Stunden einfach unbewohnbar. Die Maschine hat uns ein neues Zentralnervensystem geschaffen, das aber leider ohne Schutz durch eine Wirbelsäule, jeder Verletzung ausgesetzt, bloß liegt. Zerreißt es aus dem oder jenem Grunde, dann stehen wir vor einer entsetzlichen, vielleicht tödlichen Krise. Die Kulturen vor unserer Zeit kannten ein derartiges Nervensystem fast nicht. Man konnte sie nur stückweise in ihren einzelnen Dörfern zerstören, deren jedes einzelne auf seine eigenen Mittel gestellt war.

Ein Buchhalter begegnet auf seinem täglichen Wege zum Büro keinen besonderen erzieherischen Kräften. Das Sichbehaupten, das Ueberleben der Prüfungen hängt für ihn von der Gewandtheit ab,

mit der er den Autos aus dem Weg geht, Fahrpläne liest, Dorfsichtsignale erkennt und die Aufdrucke auf den Konservendosen beachtet; ferner von seiner Erfahrung in Gebrauch von Geld und Telephon, beim Bestellen der Handwerker und nebenbei auch noch von gewissen kleinen Detailkenntnissen in der doppelten Buchführung. Vielleicht — meist sogar — lernt er noch etwas mehr, aber das gehört dann unter den allgemeinen Begriff Zeitvertreib; es hat selten Bezug auf die besonderen Bedingungen seiner Umgebung und gehört daher nicht in die Liste seiner unentbehrlichen Daseinsgrundlagen. Möglich auch, daß er ein wenig Körperkultur treibt, seit in der Zeitung stand, daß das für Leute mit sitzender Lebensweise gut ist, und wir können daran den Stoßfessler knüpfen, zu dem sich der Redakteur des „New-Yorker“ in einer nachdenklichen Stunde verstieg:

Auf der Elektroschau sahen wir, wie die Notwendigkeit zum Ergehen im Freien ganz überflüssig geworden ist. Die Sonne erseht man durch eine Lampe; statt eines Pferdes reitet man im sicheren Baderraum ein elektrisches Tier; zum Ersatz für Wind, Schnee und das Toben der Elemente bindet man sich einen elektrischen Gürtel um den Leib und ist alsbald abgehärtet. All das soll angeblich Männer aus uns machen. Unglücklicherweise kam aber die Elektroschau gleichzeitig mit einem Zirkus hierher und wir gingen direkt von der einen in den anderen. Dort aufgeschwemmte Verkäufer, die auf elektrischen Pferden unter Elektrosonnen saßen, vom Geschäft redeten — hier hagere Cowboys, die sich über die Hörner von lebendigen Stieren schlangen, ohne dabei zu reden. Der Gegensatz war allzu auffällig.

Sein Hauptaugenmerk richtet unser Buchhalter natürlich auf die Aufgabe, genug Geld zu verdienen, um seine gesellschaftliche Stellung zu halten. Geldverdienen ist ein Geschäft für sich — ein kleiner Teil des großen Prozesses von Fleisch verwerten, Webwaren fabrizieren, Stahl erzeugen, Kettenhandel treiben, Bankbetrieb usw. Um sich seine wöchentliche Lohnhöhe zu sichern, braucht er freilich nur seinen Bruchteil zu verstehen, zu wissen, wie er seine Eingänge verbucht und seine Summen mit feiblicher Genauigkeit addiert. Aber als Folge davon neigt er zu einem Mangel an Selbstvertrauen und Erfindsamkeit, jener gewissen Grundweisheit, die das normale Erbe des Pioniers, des Dorfbewohners, des Naturmenschen bildet. Der moderne Industriearbeiter ist in ähnlicher Lage. Er braucht zwar mehr Mut und Kraft als der Buchhalter, besitzt aber womöglich noch weniger Kenntnis als jener von den Kräften, die seine Umgebung beherrschen.

Die Sache braucht nicht ernst zu werden, solange die Maschinenzivilisation weiter funktioniert. Die genannten Menschen haben kein unmittelbares Bedürfnis nach weiterem Wissen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß die Leute zu einseitig entwickelt werden. Schon die Gefahren des Großstadt- und Berufsbetriebes nehmen vielfache Kräfte in Anspruch. Wer nicht ganz bei der Sache ist, geht unter; die Unfallstatistik zeigt das. Das Machtgefühl aber, das man aus der Führung eines Kraftwagens zieht, hat den modernen Menschen gehörig das Rückgrat gestärkt. Auch jagen wir stets und ständig der guten Fee „Erfolg“ nach, sie, wenn sie weiter nichts tut, wenigstens unsere Säfte in Kreislauf bringt. Ich mache mir z. B. bei einem Reiseonkel mit seinem Vorrat schlechter Wiße und einem Kleinauto weniger Sorge um seinen Charakter als vielmehr wegen seiner Unwissenheit in bezug auf alles, was ihm Nahrung und Obdach liefert.

Die Technik entwickelt sich in rasendem Tempo. In einer einzigen Woche habe ich nicht weniger als 14 wichtige neue Erfindungen und Entdeckungen feststellen können. Das private Interesse finanziert dauernd derartige Erfindungen und führt sie in den industriellen Aufbau ein, wobei das Geheimnis ihrer Anwendung oft genug geheim bleibt. Das Interesse der öffentlichen Sicherheit spielt dabei gewöhnlich nur eine recht bescheidene Rolle. (Wer daran zweifelt, erkundige sich nur einmal bei den Gaswerken, wieviel tödliche Gaskocher, Gasherde, Gasöfen diese dauernd vom Markte wegtreiben müssen!) Sicherheit ist eine Angelegenheit der staatlich dafür angestellten Inspektoren, deren Einflußbereich begrenzt ist. Leider haben auch viele von ihnen ihren Preis.

Ein paar Schlagzeilen aus der Zeitung:

Londoner Straßen eine Meile weit durch Gasexplosion aufgerrissen. Das Pflaster flog wie Konfetti in der Luft herum. — Gasundichtigkeit tötet 13 Bewohner in Brong. — 16 Tote, 7 Verletzte durch Fabrikbrand, der auf Wohnungen übergriff. — Ein

Mann rettet vier Leben aus Ammoniakgas. — Mann durch Gasexplosion verbrannt; 24 ohnmächtig. — Bruch des Los-Angeles-Staudamms; 400 Ertrunkene. — New-Yorker U-Bahn-Unglück; 17 Tote, 101 Verletzte. — Kohlenzeche in Ohio brennt jetzt seit 44 Jahren; Feuer läßt sich nicht löschen. Bisher 7 000 000 Tonnen Kohle verbrannt. Feuer frißt unter der ganzen Gegend weiter. Sandgüter am Einsinken. — Bei 100 Stundenkilometer legt ein Auto in der Sekunde gerade 15 Meter zurück, ehe das menschliche Nervensystem Hand und Fuß zur Betätigung der Bremse veranlaßt. Bei 65 Stundenkilometer ist die Strecke immer noch 10 Meter. — Bei einem chemischen Betrieb in Hamburg entwich Phosgen aus den Aufbewahrungsbehältern. Das Gas hing wie eine Decke über der Stadt. 11 Personen davon gestorben. — Lernt fliegen zu Hause nach leicht faßlichen Lehrbüchern. (Dies ist vielleicht die schlimmste Schlagzeile von allen. Steht tatsächlich neuerdings wieder im Anzeigenteil amerikanischer populär-technischer Zeitschriften. Der Ueberf.)

Das wären nur ein paar kleine Symptome der dauernden Bedrohung durch technische Verdünnung und Verwässerung. Nur kleine Barometer, die aber einen dauernd bestehenden Druck anzeigen. Unter den Straßen New Yorks findet man:

1. Tunnel unter den Gehsteigen, gelegentlich von den Anliegern für Lagerzwecke, Lieferantenzugang, manchmal sogar als Werkstatt benützt.

2. Elektrische Licht- und Kraftkabel.

3. Fernsprechkabel, bis zu 2400 Adern in einem Kabel (die Erweiterung des New-Yorker Telephonnetzes kostete seit 1920 500 000 000 Dollar, also 2 Milliarden Goldmark. Der Bau des Panamakanals nur 300 000 000 Dollar).

4. Wasserleitungen von 2 Meter herab bis zu 15 Zentimeter Durchmesser; wenn eines der erstgenannten platzt, richtet es mehr Unheil an als Dynamit.

5. Gasleitungen — wenn sie undicht werden, begehen sie Massenmord.

6. Dampfleitungen, die Heizdampf von der Zentrale zu Bürogebäuden leiten.

7. Rohrpostleitungen.

8. Telegraphenkabel.

9. Schwemmkanaäle, gelegentlich in Backstein gemauert und weit genug, um einen Lastwagen passieren zu lassen.

10. Untergrund-Bahnen (New York besitzt davon 225 Kilometer). An einzelnen Stellen liegen ihre Tunnelröhren vielfach übereinander. Sie befördern in 14 Tagen eine der Gesamtbevölkerung entsprechende Zahl Fahrgäste. Das ganze Netz wird nunmehr mit einem Kostenaufwand von 7 000 000 000 Dollar verdoppelt. Alle anderen Leitungen in Kabel müssen dabei bis zur Straßendecke gehoben werden, eine äußerst schwierige Arbeit. Bereits fertige Strecken müssen abgestützt, Hochhäuser unterfangen werden. Das 724 Tonnen schwere Columbus-Denkmal muß zum zweitenmal durch Unterzüge abgefangen werden. In nächster Nähe von Hauptwasserleitungsrohren von 1200 Millimeter Dicke müssen Sprengungen vorgenommen werden.

Außer diesen Untertagswundern finden wir an der Oberfläche verschiedene Einrichtungen, die ebenso wichtig, wenn auch nicht so geheimnisvoller Natur sind. Brücken und Fahrstraßen für die Zufuhr, namentlich von Nahrungsmitteln nach der Stadt, gehören hierher. Dann die Dockanlagen, die Rangierbahnhöfe mit ihren Stellwerken, die Niveau- und Hochbahn-Durchgangslinien, die Organisation der Milch- und Eierversorgung, Feuerwehr, Straßenverkehr, besonders der Lieferwagen, dann die Verkehrsregelung mit Beamten und Signalen, der Sanitätsdienst für die Ueberwachung ansteckender Krankheiten, die Müllabfuhr (eine äußerst lebenswichtige Betriebsfrage), das Begräbniswesen usw. Straßenreinigung und Schneebeseitigung, haupolizeiliche Kontrolle der unzähligen Sicherheitsvorschriften über Belüftung, Feuerverhütung, Konstruktionsicherheit, Rauch- und Staubbekämpfung, Fabrikinspektion und neuerdings auch die Einrichtung und Versorgung von Flugplätzen und die Ueberwachung des Luftverkehrs.

In der ganzen Aufzählung der unterirdischen wie der oberirdischen Anlagen ist kaum ein Posten, der nicht von unbedingter Bedeutung für die Weiterexistenz unseres Buchhalters und seiner Mitbürger wäre. Wenn nur einige dieser Hauptnervenstränge auf längere Zeit durchschnitten sind, klappt das Ganze nicht mehr. Außerdem sind auch noch die Fäden des ganzen Systems derartig ineinander verwoben, daß das Versagen eines Neros fast sicher das

Reißen anderer nach sich zieht. Wenn der elektrische Strom ausbleibt, sitzt die ganze Stadt in tiefster Finsternis. Jeder Elektromotor bleibt stehen, U-Bahn, Straßenbahnen, Hochbahn, Wasserpumpen, Feuermelder, Krankenhäuser, Aufzüge, Nahrungsmittel- und Milchzufuhr, alles steht vor dem sofortigen Zusammenbruch.

Wer weiß über das technische Arbeiten der öffentlichen Betriebe und ihre Zusammenhänge genau Bescheid? Wo sind die Leute, die imstande sind, die Handvoll Techniker zu ersetzen, falls diese ihren Posten verlassen oder die Anlagen unwiderbringlich zerstören, ohne sich nur entfernt über den Umfang des Unheils klar zu sein, das sie heraufbeschwören? Wenn kein einziger in der Telephongesellschaft das neueste Selbstanschlußsystem mehr völlig kennt — fünf zusammengenommen sind dazu nötig — wo ist dann das zentralisierte Riesengenie zu finden, das eine Großstadt durch diesen Nervenzusammenbruch stetig hindurchführen kann? Die Antwort lautet einfach: nirgends! Was noch schlimmer ist, die hierher gehörigen Probleme sind viel zu verwickelt, als daß sie ein einzelner oder selbst eine kleine Gruppe von Leuten erfassen könnte. Dazu wäre schon ein ziemlich umfangreicher Informationsstab nötig, der unausführlich in Tätigkeit zu bleiben hätte, einer starken Bürobesetzung und einer eingehenden Kartierung bedürfte, um einigermaßen gegen großstädtische Katastrophen zu sichern. Dabei gelange ich dazu, die Auflösung in weitläufiger angelegte, weniger volkreiche Städte zu fordern, deren Eingeweide nicht durch zehnerlei Verkehrskanäle zerrissen sind.

Tag um Tag steigert sich die Verwachsung und damit das Wachstum der Gefahr. Material und Aufbau entarten stetig und unmerklich. Man kann sich in den nächsten zehn Jahren auf nette Dinge gefaßt machen.

Mit einer bestimmten Art von städtischem Problem, mit der Einzelindustrie, konnten wir bereits eine recht bezeichnende Erfahrung machen. Als kürzlich die Textilbetriebsleiter in New Bedford eine Lohnkürzung festlegten und ihre Gegenpieler zum Streik schritten, trat ein höchst merkwürdiges Ereignis ein: Bis auf den letzten Mann traten die Bürger der Stadt auf die Seite der Streikenden. Zeitungen, Geschäfte, Gaststätten, Banken, Verleger nahmen geschlossen für sie Partei. Geschäft das etwa aus purer Herzengüte? Unstimm! Ganz New Bedford beruht ausschließlich auf dem Betrieb seiner Textilwerke. Als die Arbeiter auf der Straße lagen, sank in der ganzen Stadt die Kaufkraft auf den Nullpunkt und das Geschäftsleben stand mit einem Male totenstill. Genau das gleiche trat, wenn auch in nicht so ausgesprochenem Maße ein, als Ford seine Fabrikation von Modell T auf Modell A umstellte, an die 60 000 Arbeiter mit einem Schläge entließ und damit den Handel und Wandel von Detroit zum Stocken brachte. Lawrence, Haverhill, Gary, Passaic — es gibt noch mehr solcher Städte auch außer Amerika, die nur eine einzige Industrie beherbergen. Liegt diese Industrie dann danieder, so steht die ganze Stadt vor Not, Elend und Hunger. Der Zerpfaltungsfaktor macht aber nicht bei den Städten halt.

Wenn die 200 000 ausgebildeten Lokomotivführer von heute auf morgen verschwänden, wäre das soziale und industrielle Leben der Nation gelähmt, Bergbetriebe, Fabriken und öffentliche Betriebe ständen still. Die Verpflegungsverorgung bliebe fern von den Märkten liegen. Die Kinder starben, während Männer und Frauen um ein bißchen Brot kämpften. Nicht Monate, sondern Jahre der Schulung wären erforderlich, bis wieder genügend Leute da wären, um den gleichmäßigen Fluß des Handels wieder in Gang zu bringen.

Für den Fall, daß das Einlaufen von Lebensmittelschiffen in englische Häfen aufhörte, gibt Philip Gibbs der Bevölkerung drei Monate Friß bis zum Verhungern. Auch so schon befindet sich eine Million Männer, Weiber und Kinder dort in den Bergwerksdistrikten am Rande des Hungertodes, weil der Zuwachs an Brennkraftmaschinen und Wasserturbinen und das Sinken des Außenhandels die Nachfrage nach englischer Kohle verminderten. Mehr als eine viertel Million Bergleute wird nie mehr die Gruben betreten. Kalifornien wiederum ist in seinem Kraftbedarf fast vollkommen vom Oel abhängig. Würde die Oelzufuhr plötzlich abgebrochen, dann würde man dort bei Umstellung auf Kohlenbasis die unerhörtesten Schwierigkeiten erleben.

Wir müssen höhere Löhne haben und eine verminderte Arbeitszeit, weil wir reine Häuser brauchen, reine Körper, reinen Geist und reine Seele, und wir kämpfen um höhere Löhne und weniger Arbeit in dem Glauben, daß beides für diese vielfache Reinheit unerläßliche Voraussetzungen sind. M a h a t m a G a n d h i.

Wenn alle einig sind . . .

II.

„Es geht nicht mehr weiter, erklärte ein Arbeiter in der Gruppe, zu der die Freunde traten. „Die Fabriken verdienen in Dollars und uns geben sie diese Lappen, die nichts wert sind!“

„Deshalb wollen sie uns doch auch um einen wertbeständigen Lohn bringen“, ereiferte sich ein junger Mann, „rechnet euch aus, wie groß die Verdienstspanne für die Industrie ist!“

„Na ja, umsonst fahren die Herren nicht in den teuersten Autos und verkaufen und verspielen die Mächte!“ schrie ein anderer, „alles für unser Geld! Unser Rücken muß dafür herhalten!“

Die Gemüter erhitzten sich. Die Unterhaltungen wurden lauter.

„Was kann man mit dem Drecksgeld anfangen? Meine Frau weiß nicht, wo ihr Kopf steht, wenn sie auf den Markt geht. Zu nichts reicht es!“ Der Redner gestikuliert lebhaft, „dabei haben wir nicht einmal Kinder. Was sollen erst die Kollegen sagen, denen die Stube vollst!“

„Hering, trockenes Brot und ein paar Kartoffeln jeden Tag, und dafür schuftet man die ganze Woche hindurch, und die Herren fressen Kaviar und weiß Gott sonst noch was!“

„Wir halten es schließlich noch durch; aber unsere Kinder. Die müssen ja verkümmern. Was aus ihnen wird, danach fragt niemand, das ist den Herren da oben ganz egal! Ihre Hören haben natürlich übergenug, und das ist die Hauptsache!“

In allen Gruppen wurden dieselben Fragen diskutiert. Die Antwort, die heute den Vertretern der Gewerkschaften gegeben war, bewies eine derart eigenartige Haltung der Gelbkreise, daß an eine friedliche Lösung des Konflikts kaum noch zu denken war. Lauter wurde der Ruf nach dem Generalstreik; er war die einzige Möglichkeit, bessere Verhältnisse zu erzwingen.

Die Arbeiter der Waggonfabrik marschierten in langem Zuge heran. Ihre Spitze hatte noch nicht den Platz erreicht, als aus zwei Nebengassen Lastautos mit Schupo herankamen. Auf dem Bürgersteig formierte sich eine Hundertschaft unter Führung eines jungen Offiziers. Mit Gummiknütel und entschärften Revolvern schritten die Beamten auf die Masse zu.

Da die Versammelten ihre ganze Aufmerksamkeit auf die ankommenden Arbeiter konzentrierten, entdeckten sie erst im letzten Augenblick das Gewitter, das sich hinter ihrem Rücken zusammengezogen hatte. „Polizei!“ Ein Schrei durchschnitt die Luft.

Einen Augenblick entstand Verwirrung.

Was bedeutete das Erscheinen der Polizei? Die Demonstration war angemeldet und genehmigt worden.

„Auseinander! Sofort!“ schrie die Stimme des Offiziers.

„In kleinen Gruppen hier durch die Gassen!“

„Halt!“ Ein Gewerkschaftsführer trat an den Offizier heran.

„Wer ermächtigt Sie zu Ihrem Handeln? Wir dürfen hier demonstrieren. Der Leitung ist ein Verbot bisher nicht bekannt!“

„Es ist soeben vom Senator des Innern erlassen worden. Sorgen Sie für einen ruhigen Abmarsch!“

Langsam drängte die Hundertschaft die Ansammlung zurück und schob sie den hinteren Ausgangsstraßen zu. Die Führer versicherten immer wieder, es müsse ein Irrtum vorliegen. Sie wollten sofort zum Senat fahren und Erklärungen fordern. Widerstand sei jetzt nutzlos und verschlimmere nur noch die Lage.

Die älteren Arbeiter behielten ihre Ruhe. Sie halfen, die Ordnung aufrecht erhalten, die Masse zog sich dicht gedrängt zurück. Der Platz war fast geleert, als ein Schuß fiel. Ein Arbeiter brach zusammen. Warum geschossen wurde, konnte auch die spätere Untersuchung nicht klar stellen. Vielleicht hatte ein Beamter die Nerven verloren.

In wenigen Sekunden hatten sich jetzt die Zurückgebliebenen zusammen und drangen auf die Schupo ein.

„Mörder! Bluthunde!“ gellten Schreie über den Platz. Die Schupo formierte sich blitzschnell. Mit den Revolvern zielte sie in die Menge.

Peter war im Strom mitgerissen worden. Er zitterte vor Wut über das Verhalten der Polizei. Am liebsten hätte er den Offizier erwürgt. Vor seinen Augen tanzten Funken.

„Erschlagt die Bande“, knirschte er.

„Verhungern lassen sie uns, und dann schießen sie noch!“ schrie eine Frau, deren Kleid im Gedränge zerrissen worden war.

„Ruhe!“ Ein junger Mensch in Arbeitsbluse warf beide Arme in die Höhe. „Zurück! Kein Blut mehr! Halt! halt!“

Die Masse hielt. Die Schupo blieb im Anschlag.

„Zum Senat!“ rief er, „schlagt die richtigen Verbrecher tot!“

„Zum Senat!“ Der Schrei pflanzte sich wie ein Orkan fort.

„Zum Senat!“ Alle riefen es. Die Tischakomänner waren vergessen.

„Zum Senat!“ Eine Masse wild erregter Menschen stürmte durch die Straßen und erschreckte die guten Bürger, all die tüchtigen Fleischer- und Bäckermeister, die gerade schmunzelnd den Tagesabschluß machten.

„Zum Senat!“ Die Straßen hallten wider von den Schreien. Aus den Kneipen und Spelunken, aus den Wohnhäusern, aus Büros und Geschäften stürzten die Menschen heraus. Plötzlich fühlten sich alle als eine einzige, große Gemeinschaft trotz politischer und weltanschaulicher Gegensätze; verbunden durch die furchtbare Not, die im Begriff war, sie alle zu erwürgen.

„Zum Senat!“ Die dünne Kette der Schupo, die auf Neugarten den Volkstag und das Senatsgebäude schützen sollte, wurde zersplittert. Einige Schädel machten Bekanntschaft mit den eigenen Gummiknütteln. Die anderen Staatsdiener zogen sich in das Senatsgebäude zurück.

„Zum Senat!“ Jeder Verkehr wurde unterbunden. Die Masse beherrschte die Straße.

„Schlagt die Türen ein! Hängt die Schufte!“

„Wartet noch! Sie verhandeln da drin!“ Ein Parteiführer hatte sich auf die Straße geschwungen.

„Wartet noch einen Augenblick!“

Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten tagte der Ausschuß der Banken, der Industrie und des Handels, tagte der Senat mit den Vertretern der Gewerkschaften. Die Beherrscher der Konjunktur sahen sehr zufrieden aus.

Der Senator des Innern erklärte mit bedauerndem Achselzucken, daß er mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit in letzter Minute die Demonstration verboten hätte. Maßtschenk, schon im Smoking, denn er mußte auf Befehl seiner Frau heute abend ins Theater gehen, lächelte dem Herrn Senator sanft zu, und auch Samuel Wolf, gleichfalls im Smoking, beglückte den Staatsfunktionär mit anerkennenden Blicken. Hofrichter dozierte über die schwierige Situation der Industrie, die wertbeständige Löhne heute zu einer Unmöglichkeit mache. Maßtschenk unterstützte den Kollegen und war gerade im Begriff, eine zu diesem Zwecke angefertigte Bilanz aus der Brusttasche zu ziehen, als von der Straße wider Lärm heraufdrang und ein Beamter mit der Mitteilung in den Saal stürzte, die Masse treffe Anstalten, das Haus zu stürmen.

Ein Gewerkschaftsführer verlangte sofortigen Bescheid, Hofrichter wand sich wie ein Kalb, und selbst Samuel Wolf verließ in diesem Augenblick die Rednertafel. Er stotterte und verhaspelte sich in dem kunstvollen Bau seiner Sätze. Schließlich begann er zu husten. Maßtschenk empfand ein sonderbar kitzelndes Gefühl um den Magen. Er erhob sich und ging ans Fenster. Die Beine fühlte er nicht, sie mußten einem ihm unbekanntem Mechanismus gehorchen. Und was er auf der Straße sah, war nicht angetan, seinen Mut zu beleben.

Er hörte Schüsse knattern. Eine größere Zahl junger Burschen hatte die Deichsel aus einem Wagen gerissen und wollte sie als Rammbock gegen die Tür des Regierungsgebäudes benutzen. Dazu schrie die Masse: „Der Präsident soll sprechen!“

Maßtschenk klammerte sich an das Fensterbrett, er sah nichts mehr, alles verschwamm vor seinen Augen. Plötzlich brüllte er auf: „Rettet euch, sie kommen!“ Gleich darauf starzte er mit bleichem Gesicht und mit klappernden Zähnen auf den Senatspräsidenten.

„Öffnen!“ befahl der Präsident.

„Wo bleibt die Schupo?“ tobte Samuel Wolf den Innensenator an. „Ich frage Sie, wo bleibt die Schupo?“

Maßtschenk wankte auf den Tisch zu: „Ich hab' Zucker, meine Herren; ich vertrage keine Aufregung! Warum schützen Sie mich nicht? Ich hab' doch Zucker!“ Seine Stimme erklang in einem leisen Wimmern. Eine dicke Fleischmasse hockte hilflos auf einem Stuhl, der zu klein für sie war.

„Unfähig sind Sie, wenn Sie uns nicht zu schützen wissen!“ befeuerte Samuel Wolf.

„Ruhe, meine Herren! Ich werde sprechen!“ Der Präsident hatte sich erhoben. In diesem Augenblick sprang die Tür auf. Ein paar Burschen drangen ein.

„Das ist er!“ Eine Faust ergriff den Präsidenten und zerrte ihn aus dem Saal.

„Ich bin unschuldig, meine lieben, guten Herren.“ Maßtschens Stimme kreihschte heiser. „Ich will stabilisieren! Ich will! Ich will!“

Jugendliche bis zu 21 Jahren, ebenso Ehefrauen erhalten Arbeitslosenunterstützung nur, wenn ihr Unterhalt nicht auf sonstige Weise gesichert ist. Gegen eine Abwanderung Arbeitsloser in die Großstadt werden Maßnahmen getroffen. Die besonderen Maßnahmen für arbeitslose Angehörige des Tabakgewerbes werden eingeleitet.

In der Krisenfürsorge wirken sich die Einschränkungen der Arbeitslosenversicherung automatisch aus. Darüber hinaus werden weitere Einschränkungen nicht vorgenommen. Soweit in der Krisenfürsorge ein Fehlbetrag bleibt, wird das Reich aus dem Aufkommen der Krisensteuer Zuschüsse leisten. Eine Zusammenlegung der Krisenfürsorge mit der Wohlfahrtspflege, also die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge wird in der Notverordnung nicht durchgeführt.

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit hat man den Forderungen der Gewerkschaften auf Herabsetzung auf 40 Stunden keine Rechnung getragen. Die Notverordnung sagt lediglich, daß „durch Verordnung der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbe, Gewerbebezüge, Verwaltungen oder Gruppen von Arbeitnehmern, die in der Verordnung über die Arbeitszeit vom 14. April 1927 vorgesehene regelmäßige Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabgesetzt und die Zulässigkeit von Mehrarbeit auf Grund der Verordnung über die Arbeitszeit von der Genehmigung durch die Behörden abhängig gemacht werden kann. Die Ermächtigung gilt nur für Betriebe und Verwaltungen, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter oder mindestens zehn Angestellte beschäftigt werden. Die näheren Bestimmungen zur Durchführung erläßt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages. Sie kann dabei auch die Einwirkung der Arbeitszeitverkürzung auf die Bestimmungen über Arbeitszeit und Arbeitslohn in Tarifverträgen regeln, die zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung der Reichsregierung schon abgeschlossen sind.“

Die weiterhin geplante Einschränkung des Nachtarbeitverbotes bedeutet einen sozialen Rückschritt.

Das Kernstück der Beschaffung neuer Einnahmen ist die Krisensteuer, die in eine solche für Lohnsteuerzahler und in eine Steuer für Veranlagungspflichtige zerfällt. Bei den ersteren wird die vom Bruttoarbeitslohn erhoben, bei den Veranlagten vom Nettoeinkommen, d. h. daß bei den Lohnsteuerpflichtigen Werbungskosten und Sonderleistungen nicht freigelassen werden, während sie bei den Veranlagungspflichtigen freibleiben. Von der Krisenlohnsteuer sind außer den Beamten alle Personen befreit, die weniger als 1200 Mk. verdienen. Die Krisensteuer der Veranlagten ist nicht zu zahlen, wenn steuerpflichtiges Einkommen nicht festgestellt worden ist, also auch dann nicht, wenn der Steuerpflichtige zehntausende Mark für seinen Lebensunterhalt verbraucht hat.

Geht das Einkommen über 1200 Mk. hinaus, so wird es zu beiden Steuern in voller Höhe herangezogen, ein steuerfreies Existenzminimum und Familienermäßigungen werden also nicht berücksichtigt; nur die Landwirte genießen das Sonderprivileg, daß bei ihnen in allen Fällen 6000 Mk. von der Krisensteuer freibleiben. Die Krisenlohnsteuer beträgt bei Jahreseinkommen

bis zu	3 600 Mk.	1 %	von	7 200 bis zu	8 400 Mk.	3 %
von	3 600 bis zu	4 800	1 1/2 %	8 400	12 000	3 1/2 %
"	4 800	6 000	2 %	12 000	18 000	4 %
"	6 000	7 200	2 1/2 %	18 000	36 000	4 1/2 %
		über	36 000			5 %

Die Krisensteuer bei Veranlagten beträgt bei Jahreseinkommen

bis zu	3 600 Mk.	1/4 %	von	100 000 bis zu	250 000 Mk.	2 1/2 %
von	3 600 bis zu	6 000	1 %	250 000	500 000	3 %
"	6 000	20 000	1 1/2 %	500 000	1 000 000	3 1/2 %
"	20 000	100 000	2 %		über 1 000 000	4 %

Eine 1prozentige Krisensteuer haben also zu zahlen der Lohnsteuerpflichtige mit einem Jahreseinkommen von 1300 Mk., der Veranlagte mit einem Jahreseinkommen von 6000 Mk.; 1 1/2 Proz. sind zu entrichten von einem Lohnsteuerpflichtigen mit 4000 Mk. Jahreseinkommen, während ein Veranlagter bis zu 20 000 Mk. nur denselben Satz zu bezahlen hat. 2 Proz. Krisenlohnsteuer werden schon bei 5000 Mk. Arbeitslohn erhoben. Bei den Veranlagten kommt dieser Steuerfuß erst bei Jahreseinkommen zwischen 20 000 und 100 000 Mk. zur Anwendung.

Die Krisenlohnsteuer wird im Wege des Lohnabzuges durch den Arbeitgeber einbehalten. Sie wird in keinem Fall erstattet. Die Krisensteuer der Veranlagten wird in vier Vorauszahlungen entrichtet, die insoweit erstattet werden, als die Abschlußzahlung auf Grund der Veranlagung niedriger ist.

Auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung ist zweifellos die wichtigste Maßnahme die Verwendung von Mitteln der Krisensteuer zur Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahngesellschaft. 140 Millionen Mark der Krisensteuer sollen dazu verwendet werden, damit die Reichsbahn für 200 Millionen Mark Arbeiten über den Voranschlag von 1931 hinaus durchführen läßt. Durch diese Maßnahmen sollen 120 000 Arbeiter Beschäftigung bekommen.

Im höchsten Maße bedauerlich ist, daß sich die Reichsregierung in ihrer Notverordnung auch mit der Möglichkeit belastet hat, die freiwillige Arbeitsdienstpflicht einzuführen, die, wie man sie auch immer ansieht, sozial rückwärtlich und politisch töricht ja geradezu halb feudalistische Verhältnisse wiederherzustellen geeignet ist. Wer sich in diese merkwürdige „freiwillige Arbeitsdienstpflicht“ begibt, wird kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts eingehen, der soziale Arbeitsschutz und das soziale Arbeitsrecht haben hier also keinerlei Geltung, der wird zu den Unterstützungssätzen der Arbeitslosenversicherung bezahlt werden, denn er erhält keinen Lohn. Was ihm an Lohn noch zustehen würde, wird ihm gutgeschrieben zu dem Zweck, daß er eine landwirtschaftliche Siedlung oder ein landwirtschaftliches Eigenheim erwirbt. Was hierbei herauskommen kann, ist nur die Schaffung eines Instruments zur Lohndrückerei; dazu kommt, daß der politischen Verbandskorruption Tor und Tür geöffnet wird.

Die Notverordnung rechnet mit einem nicht gedeckten Fehlbetrag bei Wohlfahrtserversuchen in den Gemeinden von rund 350 Millionen Mark. Zur Deckung dieses Fehlbetrages wird die Lohnsteuerzurückstattung, die mit 60 Millionen Mark veranschlagt wird, aufgehoben. Der Rest soll durch die vorgeschriebene Gehaltskürzung hereingebracht werden.

Der 5. Teil der Notverordnung befaßt sich mit Änderungen in der knappschaftlichen Versicherung, Invaliden-, Unfall-, Krankenversicherung, mit der Finanzgebarung der Versicherungsträger, dem Verfahren vor den Versicherungsämtern, den Beziehungen zwischen Sozialversicherung und öffentlicher Fürsorge und letzten Endes mit der Fürsorgepflichtverordnung. Die knappschaftliche Versicherung wird unterstützt durch das Reich mit dem Betrag von 58 Millionen Mark, auf den die fortlaufenden Ausgaben im ordentlichen Haushalt 1931 angedreht werden. Die Invalidenversicherung zweigt für die knappschaftliche Versicherung 12 Millionen Mark ab, und der monatliche Vorstoß des Reiches wird von 4 auf 6 Millionen Mark erhöht. Im übrigen wird die Knappschaft verpflichtet, mit Wirkung vom 1. Juli 1931 die Leistungen ihrer Pensionskassen zu vermindern.

Zur Förderung des Wohnungsbau werden Versprechungen für die zweite Hälfte dieses Jahres gemacht, wo Beliehungen von neuen Bauten vorgenommen werden sollen, ohne daß erkennbar ist, welche Mittel dabei Verwendung finden. Wichtigster, im wesentlichen aber auch theoretischer, ist die vorgesehene Gewährung von Zinszuschüssen beim Wohnungsbau durch die Länder, womit gleichzeitig bei der Durchführung des Reichswohnungsbauprogramms die Mieten der Kleinwohnungen auf der vorgesehenen Höhe gehalten werden sollen.

Die Änderung des Brotgesetzes bezieht sich auf einen verstärkten Roggenbrotkonsum, um damit gleichzeitig eine Verbilligung der Futtermittel herbeizuführen.

Zum Schluß sind noch einige Änderungen, die sich auf Kapitalverwaltungsgesellschaften, Kreditorganisationen, Gewerbeordnung, Kohlenwirtschaftsgesetz und Innungswesen beziehen, vorhanden. Von der Anordnung weitgehender Kontrollermächtigung zur Preislenkung ist freilich keine Rede. Es sind nur Richtlinien festgelegt, nach denen die Handwerkerinnungen ermächtigt werden, die Preishochhaltung durch Ordnungsstrafen gegenüber Innungsmitgliedern zu unterbinden. Im Entwurf der Notverordnung war ursprünglich eine Bestimmung über die Kürzung hoher Pensionen enthalten. Die Notverordnung enthält diese Bestimmung nicht, da sie angeblich verfassungsändernd sein würde.

Zusammenfassend wollen wir noch einmal betonen, daß diese Notverordnung jeden sozialen Charakter vermissen läßt. Sie bürdet den überbelasteten Massen noch mehr auf und zieht der Besitz nicht so zur Deckung der Fehlbeträge in Reich, Ländern und Gemeinden heran, wie es notwendig, billig und gerecht wäre.

In den nächsten Tagen tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Bundesvorstand des ADGB. zusammen, um zu der Notverordnung Stellung zu nehmen. Aller Voraussicht nach wird zu dem gleichen Zwecke auch der Reichstag einberufen, der dann vor schicksalsschweren Entscheidungen steht. Wir wollen in dieser Situation nicht den Kopf verlieren, aber wir erheben ernst und entschlossen zum letzten Male unsere warnende Stimme und verlangen, daß dieser Notverordnung die Giftzähne ausgebrochen werden. Von unseren Kollegen aber erwarten wir, daß sie sich in diesen ersten Tagen ihrer Pflicht als freie Gewerkschafter bewußt werden, den Lockungen und Phrasendreschern weder von rechts noch von links folgen und geschlossen und einig in die Abwehrfront unseres Gesamtverbandes einschwenken.

E. Friß.

Das dritte Brauns-Gutachten

Der dritte Teil des Gutachtens der Brauns-Kommission bringt in seiner Einleitung einen Ueberblick über die Entwicklung der verschiedenen Formen der Arbeitslosenhilfe und berichtet dann über den finanziellen Notstand in den die Arbeitslosenhilfe geraten ist. Die Kommission hält es nicht für ausgeschlossen, daß im Rechnungsjahr 1931 eine Jahresdurchschnittszahl von 4½ Millionen Arbeitslosen erreicht wird. Aus diesem Grunde empfiehlt sie eine umfassende finanzielle Fürsorge. Zu diesem Zweck will die Kommission an der versicherungsmäßigen Ausgestaltung der Arbeitslosenhilfe unbedingt festhalten. Es ergeben sich Bedenken gegen die Bedürftigkeitsprüfung. Entgegen den Bestrebungen einer Verschmelzung der Krisenfürsorge mit der gemeindlichen Fürsorge zu einer Reichsarbeitslosenfürsorge ist die Kommission der Ueberzeugung, daß der Krisenfürsorge in ihrer elastischen Mittelstellung zwischen Versicherung und gemeindlicher Fürsorge eine große Bedeutung zukommt. Einen Systemwechsel in diesem Sinne hat die Mehrheit der Kommission nicht empfehlen können, dagegen befürwortet sie die Anpassung der Krisenfürsorge an die gesteigerte Notlage.

An den Voraussetzungen für den Unterstützungsanspruch hat die Kommission wenig Änderungen vorgeschlagen. Insbesondere hält sie an dem bisherigen Begriff der Arbeitsfähigkeit fest. Die Anwartschaftszeit soll unberührt bleiben, da sonst bei den heute verringerten Beschäftigungsmöglichkeiten Personengruppen von der Unterstützung ausgeschlossen würden, denen sie aus sozialpolitischen Erwägungen zukommt. Die regelmäßigen Wartezeiten jedoch sollen erhöht werden, und zwar bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige von 14 auf 21 Tage, bei Arbeitslosen mit einem bis drei zuschlagsberechtigten Angehörigen von 7 auf 14 Tage und bei Arbeitslosen mit 4 oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen von 3 auf 7 Tage.

Die Kommission glaubt diese Verlängerung der Wartezeit angesichts der Notwendigkeit Einsparungen zu erzielen, um eine stärkere Senkung der Unterstützungsleistungen zu verhüten, vorschlagen zu müssen. Die beträchtlichen Summen, welche zur Sanierung der Arbeitslosenhilfe erforderlich sind, können unmöglich allein an der Unterstützung der Arbeitslosen eingespart werden. Deshalb verlangt die Kommission auch Opfer von dem Teil der Bevölkerung, der sich in noch günstigeren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen befindet.

Zum Abbau der Straßen- und Kleinbahnerlöhne

Die Brüningische Politik hat uns bis heute weder eine Preislenkung noch eine Ankerhebung der Wirtschaft gebracht. Im Gegenteil: Die Abbauwut hat zu weiterer Verkrampfung der Wirtschaft, zu einer Erhöhung der Arbeitslosenziffer und zu einem Ausfall an Kauf- und Steuerkraft geführt, die erschreckend ist.

Wie steht es nun mit der durch die Lohnsenkung erzielten Ersparnis bei den Straßenbahnen und Kleinbahnen. Im Durchschnitt wurde der Stundenlohn von 90 Pf. um rund 5 Proz. gekürzt. Das gibt bei etwa 150 000 Straßen- und Kleinbahnern eine stündliche Ersparnis von 6750 Mk., bei acht Stunden Arbeitszeit (fast die Hälfte der Straßenbahner und Kleinbahner arbeitet noch neun Stunden täglich) 54 000 Mk. täglich, das sind monatlich 1 404 000 Mk. und jährlich 16 848 000 Mk.

Hinzu treten die Ersparnisse aus verkürzter Arbeitszeit (Feierschichten) und anderen verkehrstechnischen Maßnahmen. Man sollte meinen, daß damit den Straßen- und Kleinbahnen genügend Erleichterungen gewährt sind. Gleichwohl scheint da und dort Geneigtheit zu bestehen, in einen zweiten Lohnabbau einzutreten. Die neueste Notverordnung wird jedenfalls den Appetit darauf steigern. Um so eindeutiger soll hier zum Ausdruck kommen, daß wir jede weitere Schwächung des Einkommens der Straßenbahner und Kleinbahner aus Betriebsicherheitsgründen ablehnen müssen.

Ein typisches Beispiel mag beweisen, daß und wie die Dienstleistung des Straßen- und Kleinbahnern eine Steigerung und Intensivierung erfahren hat, die nicht unberücksichtigt bleiben kann angesichts der gegenwärtigen Dichte des Straßenverkehrs.

	Arbeitszeit	Anzahl der Couren	Wendeseiten	Fahrzeiten	Kilometerleistung
1914	10 Std.	6	18 Min. pr. Std.	82 Min.	103,2
1930	8 Std.	6 $\frac{2}{7}$	8 Min. pr. Std.	62 Min.	117,9

Dieser Vergleich kennzeichnet die Mehrleistungen bei schwierigerem Dienst. Wo eine Arbeitszeit von neun Stunden noch vorhanden ist, liegen die Verhältnisse noch ungünstiger, weil der Dienst zwei oder dreimal täglich sich teilt. Daß hierfür eine ausreichende Abgeltung

Die Kommission gibt weiter zu erwägen, ob der Reichsanstalt für den Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung nicht eine gewisse Autonomie eingeräumt werden soll.

Einen Ausschluß der Saisonarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung befürwortet die Kommission nicht, aber sie macht folgende Vorschläge: Für Arbeitnehmer mit berufstätiger Arbeitslosigkeit ist die Anwartschaftszeit von 26 auf 30 Wochen zu verlängern und die Höchstbezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen herabzusetzen. Im übrigen sind für diese Arbeitnehmer die Unterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung zu reduzieren.

Ferner schlägt die Kommission vor, Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter grundsätzlich aus der Versicherung herauszunehmen.

Eine weitere Senkung der Krisenfürsorge wünscht die Kommission nicht. Es sei denn, daß eine solche automatisch sich aus einer Senkung der Unterstützungshöhe in der Arbeitslosenversicherung ergeben sollte. Die nach der Verordnung bestehende Möglichkeit zur Prüfung der individuellen Bedürftigkeit will die Kommission stärker als bisher ausgenutzt wissen. Um den Gemeinden zu helfen, schlägt die Kommission vor, daß das Reich auf den Gemeindeanteil in der Krisenfürsorge verzichtet. Eine Beteiligung der Länder an dem Aufwand der Krisenfürsorge kann die Kommission dagegen nicht empfehlen.

Nur einige Worte zu diesem Gutachten, dessen wesentlichste Teile wir bereits in der neuen Notverordnung wiederfinden. Das Gutachten ist schlecht. Auf alle Anregungen der Arbeitgeberverbände ist die Brauns-Kommission eingegangen; die Anregungen und Wünsche der freien Gewerkschaften wurden nicht berücksichtigt. Man ist nicht an eine Verbesserung des Einzugsverfahrens herangegangen. Der ADGB hat schon seit Jahren auf den Umstand hingewiesen, daß die Millionen, die Woche für Woche von dem Lohne abgezogen werden, durch die Cassigkeit der Unternehmer in der Abführung an die Reichsanstalt dieselbe finanziell stark schädigt. An diesen Problemen geht die Brauns-Kommission vorbei. Es nützt deshalb auch wenig, im Ausland wie z. B. vor einigen Tagen in Genf schöne Reden zu halten, wenn man nicht endlich den Mut zu einer befreienden Tat aufbringt. F.

stattfinden muß, braucht nicht besonders betont zu werden. Der Lohnabbau darf aber auch kein Ausmaß annehmen, das die körperliche Unversehrtheit beeinträchtigt. Unsere Löhne waren nie Konjunkturlöhne. Sie haben sich stetig entwickelt, ohne eine besondere Höhe erreichen zu können. Die Gründe dafür liegen in den Besonderheiten des Verkehrsbetriebes, den Besitz- und Betriebsführungsverhältnissen, gewissen Abhängigkeiten von öffentlichen Faktoren u. a. m. Unter diesen Umständen kann und darf ein allgemeiner Lohnabbau bei den Löhnen der Straßen- und Kleinbahner nur organisch und schonend eintreten, wenn er nicht überhaupt abzuwehren ist. Den dahingehenden Versuch haben wir unternommen, als die mit der Schwerindustrie verbündeten Straßenbahnen Rheinland-Westfalen (Rhewestra) den ersten Vorstoß gegen die bestehenden Löhne wagten. Der Versuch mißlang, da er nicht die genügende Unterstützung durch die Belegschaften fand. So endete die erste Abwehrbewegung bei den nichtkommunalen Straßenbahnen mit einer Lohnkürzung von 6 Proz. infolge verbindlich erklärten Schiedspruchs. Damit war das Signal für die übrigen Straßenbahnen gegeben. Allerdings vermochten wir die Höhe des Lohnabbaus dann zu drücken. 5 Proz. und 4 Proz. bildeten die Regel. Erst neuerdings sind den Berliner Kollegen 6 Proz. Lohnsenkung wieder aufoktroziert worden. Am günstigsten schlossen die Hamburger Kollegen ab. Sie ertrugen sich beim Lohnabbau eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, eine Frucht der zu rühmenden gewerkschaftlichen Einigkeit und Geschlossenheit des Hamburger Verkehrspersonals.

Die Löhne der Arbeiter bei den nichtstaatlichen Eisenbahnen liegen naturgemäß tiefer als bei den Straßenbahnen. Es gelang uns, den Lohnabbau dementsprechend einzuengen. Hemmend trat uns da die Feststellung entgegen, daß die Löhne der Reichsbahn da und dort noch unter unseren liegen. Demzufolge suchten wir dem öffentlichen Schlichtungsverfahren, als zu gefährlich, zu entgehen. Tatsächlich kam es auch zu Lohnvereinbarungen, die im Ergebnis erträglicher schienen.

Die Löhne der gemeindlichen Straßenbahner standen unter

besonderem Druck. Die schwierige Finanzlage der Gemeinden ist ein gewichtiges Argument für den Lohnabbau und für eine Verkürzung der Arbeitszeit auch bei den gemeindlichen Straßenbahnern. Es scheint allerdings, daß mancherorts die Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt wird, ohne Neueinstellungen vorzunehmen. Auch scheint man da und dort die Arbeitszeit nur um sozial Stunden kürzen zu wollen, als gerade notwendig ist, um noch eine Lohnsenkung zu erreichen. In diesem Falle wird die Lohnsenkung eine doppelte, aus der Kürzung des Stundenlohnes und aus der Verringerung der Arbeitszeit. Gerade das aber glaubten wir verhindert zu haben, als der Zentralausschuß für fast alle bezirklichen Lohnabkommen neben der eigentlichen Lohn-

senkung, die zwischen 5 und 6 Proz. schwankte, eine Klausel einschob, die bestimmte, daß z. B. bei mehr als vierstündiger Arbeitszeitverkürzung der Stundenlohn keine Senkung mehr erfahren darf. Diese Schutzbestimmung versucht man jetzt zu umgehen. Es wird unsere Aufgabe sein, dagegen einzuschreiten.

Die jetzt bestehenden Lohnabkommen für Straßenbahner und Kleinbahner haben eine nicht allzulange Dauer. Das Gros läuft in diesem Jahre bereits wieder ab. In absehbarer Zeit stehen deshalb neue Auseinandersetzungen bevor. Vergessen wir nicht, daß alle Angriffe auf Lohn- und Tarifvertrag nur abgewehrt werden können, wenn wir in den Stunden der Gefahr einig und geschlossen sind denn je zusammenstehen. W. K.

Ein Opfer des Faschismus

Die historischen Wurzeln des hitlerischen Faschismus, der zum Hauptfeind der gewerkschaftlichen und demokratisch-sozialen Freiheiten in der deutschen Republik geworden ist, liegen in der bayerischen Kahr-Periode von 1920 bis 1923. Mit Unterstützung der Regierung Kahr, die ein Produkt des in Bayern siegreichen Kapp-Putschs war, hat Hitler den faschistischen Rechtsradikalismus großgezogen, der dazu dienen sollte, die demokratische, republikanische und sozialistische Linke zu vernichten. Zwar wurde der hitlerische Nationalsozialismus bereits in seinen Anfängen als antisemitische Partei aufgefaßt, aber von 1920 bis 1923 trat er in Kahr-Bayern vornehmlich als terroristischer Kampfverband unter den anderen rechtsradikalen Kampfbündeln auf. Man hatte Beziehung zur Polizei, deren Leiter Pöhner und Frick (von Hitler als kommender Reichsinnenminister ausersehen!) die Hitlerbewegung mit allen „gesetzlichen“ und ungesetzlichen Mitteln förderte, zur Reichswehr und zu den Selbstschutzverbänden der Einwohnerwehr, von denen man Waffen und Ausrüstungsgegenstände bekam. Die Einwohnerwehr entwickelte sich nach dem Sturz der Regierung Hoffmann förmlich zu einer eigenen kahr-bayerischen Putsch- und Staatsstreitmacht, mit der man eine gegen das republikanische Reich gerichtete, von französischen Rechts- und Militärsreisen geförderte Sonderpolitik betrieb. Diese ganze Entwicklung der Kahr-bayerischen Reaktion endete 1923 im Ludendorff-Hitler-Putsch, als die zwei Richtungen des Rechtsradikalismus, der hitlerische und der „legale“, einander bei dem Versuch, die Macht in Deutschland an sich zu reißen, den Rang ablaufen wollten.

Ein Opfer dieses rechtsradikalen Terror- und Mordregimes Kahr-Pöhner-Hitler war Karl Gareis, der als kaum 32jähriger sozialistischer Abgeordneter am 9. Juni 1921 gegen Mitternacht in einer abgelegenen Straße Münchens von der bayerischen Feme ermordet wurde. In einer kaum einjährigen politischen Tätigkeit im Bayerischen Landtag und im öffentlichen Leben war Gareis zum eigentlichen Führer der demokratischen und sozialistischen Opposition gegen das Regime Kahr geworden, das nurmehr ein scheinlegales und scheinparlamentarisches war. Mit unerschrockenem Mut schleuderte Gareis eine Anklage nach der anderen gegen die hoch- und landesverräterische Politik der Regierung Kahr, die nicht einmal vor der Trennung Bayerns vom Reich zurückschreckte. Immer wieder wies er im Landtag, in Versammlungen und in der Presse auf die Separations- und Putschpläne der Kahr-bayerischen Rechtsradikalen hin, die in ihm schließlich ihren erbittertsten Feind sahen.

In der Hölle des Weltkrieges war Karl Gareis zum überzeugten marxistischen Sozialisten und zu einer Kampfnatur geworden, die hart gegen sich und die Feinde des arbeitenden Volkes, aber weich gegen die Unterdrückten und Ausgebeuteten wurde! Die furchterlichen Erlebnisse und Erfahrungen des Krieges hatten ihn zum Gegner des verrotteten wilhelminischen Staatssystems gemacht und als er schwerverwundet aus der Gefangenschaft wieder in die Heimat zurückkam, trat er der Eisnerschen USP. bei, in der er für die Einigung der Kräfte des sozialistischen Proletariats und der mit ihm sympathisierenden demokratischen Schichten zu wirken suchte! Gareis wurde im Landtag und in Versammlungen von kommunistischer Seite verleumdet, als er den Wahnsinn der Nationalbolshewisten aufzeigte, die nur im Interesse des erschütterten Regimes Kahr ein Ablenkungsmanöver durchführten. Wie eng die Beziehungen zwischen den Rechts- und Linksradikalen waren, stellte sich später heraus, als man bei der Verhaftung des Hauptmanns Römer vom Freikorps Oberland (1922) erfuhr, daß Hunderttausende von Mark durch die Hände des Kommunisten Otto Graf in die Kasse der kommunistischen Zeitung geflossen waren — ausgerechnet in der Zeit, als die Ermordung von Gareis vorbereitet wurde.

Ende Mai und Anfang Juni, als die Auflösung der Einwohnerwehren vorgenommen werden mußte, erreichte die Mordhege gegen Gareis ihren Höhepunkt. In einem berüchtigten rechtsradikalen Blatt, dessen Redakteur intime Beziehungen zu den Fememördern und ihren amtlichen Beschützern unterhielt, wurde aufgefordert, Gareis „totzuschlagen wie einen tollen Hund“.

Täter und Anstifter des Mordes sind nie gefunden worden, obwohl ihr Kreis genau bekannt ist. Einer der Mörder oder Mordbeteiligten konnte mit einem falschen Paß der Münchener Polizei über die Grenze gehen. Nach einer anderen Mitteilung des früheren Rechtsradikalen Werner Abel soll sich der Täter mit Wissen und Willen der Regierung noch zwei Jahre in München aufgehalten haben.

Wenn es den Hitler-Faschisten gelingen sollte, an die Macht zu gelangen oder einen ähnlichen Einfluß zu bekommen wie seinerzeit in Kahr-Bayern, dann müssen wir mit den gleichen Zuständen rechnen, die zur Ermordung von Gareis geführt haben. Das ist die aktuelle und sehr bittere Lehre des Mordes an Gareis, die es zu beherzigen gilt. A. Winter.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Nachdem Mussolini einen Teil der katholischen Jugendverbände aufgelöst hat, ist es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Faschismus und dem Katholizismus gekommen. Der Papst verlangt in einer Protestnote von der italienischen Regierung formelle Entschuldigung und Entschädigung für die Verfolgung der katholischen Vereinshäuser. Der Schaumburg-Lippische Landtag hat am 2. Juni den sozialdemokratischen Abgeordneten Loisch zum Präsidenten gewählt.

Kommunistische Kravalle wurden im Westen des Reiches und in Berlin inszeniert. In Bochum war es besonders heftig zum Bau von Barrikaden aus Pflastersteinen usw. gekommen.

Der Indo-chinesische Gewerkschaftsblock hat am 1. Juni beschlossen, dem Internationalen Gewerkschaftsbund beizutreten.

Für die Frauen

Die weiblichen Erwerbslosen

Bei den Arbeitsämtern wurden Ende März 1931 rund 913 000 weibliche Arbeitslose gezählt gegen 594 000 im Vorjahre und 130 000 im Jahre 1927. Die Arbeitslosigkeit hat in diesem Jahre unter den Frauen eine noch nie gekannte Höhe erreicht, sie ist sowohl bei den weiblichen Angestellten wie bei den Arbeiterinnen außerordentlich groß. Auch die Hausgehilfinnen sind davon sehr stark erfaßt. So waren Ende März im Bekleidungs-gewerbe 90 000 Arbeiterinnen arbeitslos gegen 63 000 im Vorjahre, im Spinnstoffgewerbe bezifferte sich die Zahl der weiblichen Arbeitslosen auf 119 000 gegen 81 000 im Vorjahre, in der Nahrungsmittelindustrie auf 80 000 gegen 35 000 im Vorjahre, in der Papierindustrie auf 23 700 gegen 18 500, im Reinigungsgewerbe auf 14 100 gegen 7500, häusliche Dienste auf 131 000 gegen 68 000 im Vorjahre. Das sind Steigerungen von ungeheurem Ausmaße, die auch bei den Angestellten festzustellen sind. So betrug die Zahl der arbeitslosen weiblichen kaufmännischen Angestellten 95 000 gegen 57 000 im Vorjahre, und bei den weiblichen Büroangestellten 17 600 gegen 10 600. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Der Lohn- und Gehaltsabbau hat seine Wirkungen getan, er hat zur Steigerung der Arbeitslosigkeit wesentlich beigetragen. Jetzt krachen alle sozialen Einrichtungen unter dem ungeheuren Druck, der auf ihnen lastet. Anstatt aus diesem Vorgang zu lernen, reben die Unternehmer auch jetzt noch vom Lohnabbau, damit die Katastrophe noch größer wird. Die Leute sind unbelehrbar. E. U.

Aus unserer Bewegung

Berlin. In der Generalversammlung der Bezirks- und Ortsverwaltung für das 1. Vierteljahr 1931 gab Kollege Schaum den Geschäftsbericht. Danach waren nahezu vier Fünftel der Gesamtmitgliedschaft, das sind über 100 000 Mitglieder, an Abwehrbewegungen beteiligt. Nie zuvor ist der Abwehrcharakter unserer Gewerkschaft so stark in Erscheinung getreten. Da es unmöglich ist, im Rahmen eines Geschäftsberichts auf alle Bewegungen einzugehen, wurde nur auf das Allerwichtigste hingewiesen. Durch die Arbeitszeitverkürzung, die für die Arbeiter der Stadt Berlin in Form der 44-Stunden-Woche durchgeführt wurde, konnte der Lohnabbau verhindert werden. Es war beabsichtigt, etwa 1500 Entlassungen vorzunehmen. Diese Entlassungen wurden durch die Arbeitszeitverkürzung nicht notwendig, im Gegenteil wurden für etwa 1500 erwerbslose Kollegen Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Im Gesundheitswesen, wie in allen anderen Sektionen, war es möglich, die Lohnabbauabsichten der Unternehmer auf ein Mindestmaß zurückzudrängen. — Die Stadt Berlin beabsichtigte u. a. auch beim Etat der Parkverwaltung Streichungen bis zu 75 Proz., dem wurde von Seiten unserer Organisation mit dem Erfolg begegnet, daß auch hier 1400 Entlassungen, die durch die Etatskürzung erfolgt wären, verhindert wurden. In den Reichs- und Staatsbetrieben waren im Laufe des 1. Vierteljahrs alle Tarifverträge gekündigt, desgleichen mit wenigen Ausnahmen im Handels- und Transportgewerbe. — Ein von den Mörkelwerken in Aussicht genommener Lohnabbau in Höhe von 20 bis 37 Proz. veranlaßte die Kollegen zum Abwehrstreik — Ein im Schwerfuhrgewerbe durch Rundschreiben der Unternehmer versuchter Lohnabbau von 12 Proz. wurde ebenfalls durch einen Abwehrstreik verhindert. — Für das technische Personal der BVG. wurde, um einem Lohnabbau und Entlassungen zu begegnen, eine Arbeitszeitverkürzung auf 44 Stunden durchgeführt. — Gegen die vom Oberpräsidenten geplante Revision der Beurlaubungsordnung wurde vorerst mit Erfolg Einspruch erhoben. — Auch in der Sektion Haus- und Wachangestellte mußten alle Kräfte angespannt werden, um ein weiteres Absinken des Lohnniveaus über das Durchschnittsmaß hinaus aufzuhalten. Bei den Betriebswahlen hat sich unsere Organisation, allen Angriffen der RGO. und Nazis zum Trotz gut behauptet. — Kollege Schaum ging dann auf den gegenwärtigen Stand der Abwehrkämpfe ein. — Die hohen Erwerbslosenziffern, das Ausmaß des ungeheuren Elends, das sich in ihnen verkörpert, verpflichten zur Solidarität gegenüber den erwerbslosen Arbeitsbrüdern und zwingen uns die Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung auf. — Die finanzielle Lage, in der sich die Stadt Berlin befand, zwang sie zur Veräußerung der Bewag. Seitens der Organisation ist alles geschehen, um die erworbenen Rechte aus den Arbeitsverträgen für unsere Kollegen zu sichern. — Die Gesamtarbeit des Vierteljahres verkörpert einen ungeheuren Energieaufwand, sie zu bewältigen war nur möglich durch die aufopferungsvolle Mitarbeit auch der ehrenamtlichen Funktionäre; ihnen gebührt Dank und Anerkennung. — Das beste Vertrauensvotum für die Arbeit der Bezirks- und Ortsverwaltung Berlin ist die Tatsache, daß trotz der katastrophalen Wirtschaftskrise im 1. Vierteljahr 1931 3572 Neuaufnahmen und Uebertritte zu Buch geschrieben werden konnten. — Den Kassenbericht gab Kollege Breßke. Wir zahlten an Arbeitslosenunterstützungen 118 440,45 Mk., an Krankenunterstützungen 177 808,80 Mk. Für Notfallunterstützungen wurden im Verlauf des 1. Vierteljahrs 1931 aus Ortsmitteln 41 291 Mk., an unsere ausgetauerten, erwerbslosen Mitglieder zur Auszahlung gebracht. Diese Leistungen sind ein Beweis praktischer Betätigung der Solidarität. — Wie immer, wandten sich auch in dieser Versammlung in der Debatte zwei unentwegte KPD-Anhänger gegen die taktische Einstellung der freien Gewerkschaften. Trotz mehrfacher Aufforderung durch Zuruf aus der Versammlung konnten die Betreffenden jedoch bessere Mittel und Wege zur Lösung der Wirtschaftskrise nicht vorschlagen. — Die Haltung der KPD bei der Veräußerung der Bewag, wobei sie einige ihrer Stadtverordneten aus der Abstimmung absichtlich fernhielt, kennzeichnet das Demagogische ihrer Politik. — Daß wir immer noch auf dem Boden des Klassenkampfes in schärfster Abwehr gegenüber den Absichten der Unternehmer stehen, beweist die Tatsache, daß in den ersten zwei Monaten des 2. Vierteljahrs an Streikunterstützung das Fünffache des Betrages gegenüber dem 1. Vierteljahr ausgezahlt wurde. — Die RGO. betreibt eine Politik völliger Negation, ohne den geringsten Nachweis besserer, positiver Arbeit. — Kollege Ortman schloß die Versammlung mit dem Aufruf zur Stärkung der Abwehrfront gegen die Unternehmer und Feinde der Gewerkschaftsbewegung. Er ermahnte zur Einheit der Arbeiterbewegung und fand mit diesem Appell die stürmische Zustimmung der gesamten Versammlung.

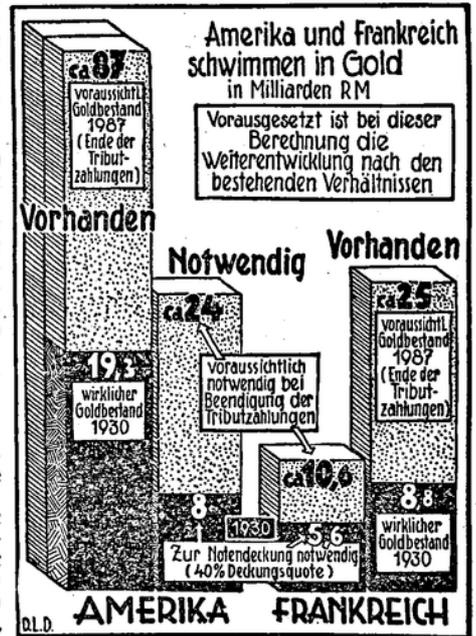
Gottleuba. In unserer ersten Kulturveranstaltung hielt Kollege Hirsch, Dresden, einen Lichtbildervortrag über „Eine selbsterlebte Seereise von Hamburg nach Ostasien“. Er führte an Hand von 140 Lichtbildern durch die Nordsee, den westeuropäischen Küsten entlang, an Gibraltar vorüber in das Mitteländische

Meer, zeigte das Hafenleben von Port-Said, unternahm mit seinen Zuhörern einen Ausflug nach Kairo, dem Nil und den Pyramiden von Gizeh, Gluthitze im Roten Meer, Sturm im Indischen Ozean wurden überstanden, und dann sahen wir herrliche Landschaftsbilder aus Ceylon, dem Tropenparadies. Mondnächte auf See, sprühendes Meeresleuchten und zum Schluß chinesische Landschaften. Besonders wertvoll war der Vortrag durch Aufklärung über die wirtschaftliche Lage unserer farbigen Brüder und Schwestern in überseeischen Ländern.

RUNDSCHAU

Die Republikanische Beschwerdestelle E. D., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137, hat sich als eine Einrichtung erwiesen, die unsere volle Unterstützung beanspruchen darf. Wiederholt wurden gerade durch das Eingreifen der Republikanischen Beschwerdestelle Angriffe auf die Republik ins rechte Licht gerückt und dem Staatsanwalt die Möglichkeit gegeben, gegen die Feinde der Republik vorzugehen. Nun wird mit voller Absicht in der rechtsstehenden Presse die Meldung verbreitet, daß „endlich der Betrieb der Republikanischen Beschwerdestelle beendet sei“. Wir stellen hiermit fest, daß diese Meldung in keiner Weise den Tatsachen entspricht und die Republikanische Beschwerdestelle nach wie vor im Kampf gegen die offenen und versteckten Gegner der Republik ungestört weiterarbeitet. Es ist selbstverständlich, daß für Fälle, die der Republikanischen Beschwerdestelle zur Bearbeitung übergeben werden; unbedingte Discretion zugesichert wird.

Die Verteilung des Goldes ist falsch. Nicht die Goldwährung ist unrichtig und nicht von der Währungsseite her kann die große Not, in der sich nicht allein das deutsche Volk befindet, beseitigt werden. Die falsche Verteilung des Goldes über die Erde beruht nicht auf Mängel der Währung, sondern ist die Folge andersartiger, politischer Vorgänge. Die französische Kopfgote in Währungsgold machte Ende 1930 das sechsfache der deutschen aus, während sie vor dem Kriege nur das 2 1/2fache betrug. Hauptursache der Goldverschiebungen sind die Reparationszahlungen Deutschlands und die internationale Kriegverschuldung. Diese Ausführungen machte Reichsbankpräsident Dr. Luther auf der Generalversammlung der Reichsbank, und unser Schaubild in der Mitte zeigt, wieviel überflüssiges Gold in den Tresors Frankreichs und USA. heute aufgespeichert ist und in den beiden Außensäulen, daß das Gold der ganzen Welt in den Besitz dieser beiden Mächte kommen muß, wenn der Reparationsplan durchgeführt wird und sich die Dinge so weiter entwickeln, wie wir es seit 1925 erlebten.



Der Kampf um die Sauberkeit in Moskau. Am 10. Mai hat nach einer Meldung der „Detekernaja Moskwa“ (Nr. 116 vom 16. Mai 1931) in Moskau eine Kampagne für die Sauberkeit der Straßen begonnen. Ein großer Teil der Moskauer Polizei ist damit beschäftigt, die Straßen in Bezug auf ihre Sauberkeit zu kontrollieren. 150 Mitglieder der Gesellschaft zur Unterstützung der Polizei sind auf diesem Gebiet ebenfalls tätig. In den ersten fünf Tagen der Kampagne haben 1365 Personen Strafmandate für Verunreinigung der Straßen erhalten. Ferner sind 11 077 Personen für das Wegwerfen von Zigarettenstummeln bestraft worden. Die Polizei geht nach wie vor sehr scharf vor und will vor allem alle gegen die Verkehrsdisziplin gerichteten Vergehen energisch ahnden.